

2013.4

KOMPASS

//kompass.im

Demokratie und Freiheit, Bürgerrechte und informationelle Selbstbestimmung, Transparenz in Politik und Staat, existenzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe, freier Zugang zu Information und Bildung, ein bürgerfreundliches Urheber- und Patentrecht,

sowie weitere

Themen, die Piraten bewegen



illustration: CC BY-SA: Wika

Die Sonne scheint für alle

Wir leben alle zusammen in einer Zeit des Umbruchs. Althergebrachte Sozial-Konzepte aus Kaiserreich und Industrie-Zeitalter helfen Menschen nicht in dieser postmodernen, immer digitaler werdenden Welt.

NEUE ANSÄTZE VON PIRATEN

SEITE 4

**TTIP/TAFTA
FREIE FAHRT VOR
DIE WAND**

SEITE 10

**Interview
WHY EUROPE NEEDS
THE PIRATEPARTY**

SEITE 14

**Grundeinkommen
BEDINGUNGSLOS
STATT SANKTIONIERT**

SEITE 20

KOMPASS

wird herausgegeben vom Denk Selbst e.V. und erscheint vierteljährlich. Die Zeitung gibt stets lediglich die Meinung der Autoren eines Artikels wieder. Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung!

<http://kompass.im/>
kompass@piratenzeitung.de
Twitter: @Piratenzeitung

Mitwirkende

Jürgen Asbeck/Timecodex (Red., V.i.S.d.P für die Seiten 2-8,14-16)
Michael Balke/Blake Haclemi (Red. und Vertrieb)
Radbert Grimmig (Lektorat)
Ulrike Mös/Wika (Red.)
Stefan Müller/stm (Red., V.i.S.d.P für die Seiten 1, 9-13, 17-24)
Ulrich Scharfenort/ulrics (Red.)

Autoren

Jürgen Asbeck/Timecodex
Ulrike Mös/Wika
Stefan Müller/stm
Ulrich Scharfenort/ulrics

Dank an

Amelia Andersdotter (MEP)
Felix Coeln
Christian Engström (MEP)
Frank Herrmann (MdL)
Bruno Kramm
Thomas Küppers
Cornelia Otto
Johannes Ponader

Titelbild

Ulrike Mös/wika

Layout Christine Zander
(SG Gestaltung)

Vertrieb Michael Balke
vertrieb@denk-selbst.org

Finanzen Volker Neubert

Post an Kompass

Denk Selbst e.V.
z.H. Volker Neubert
Hackenbroicher Weg 24
50259 Pulheim

**Kopieren erlaubt!**

Alle Inhalte, Texte, Bilder und Illustrationen etc. stehen unter **Creative Commons BY-NC-ND** (soweit nicht anders gekennzeichnet)

Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

Ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft

PIRATENZEITUNG

www.piratenzeitung.de

Editorial

Ahoi, liebe Lesende!

Das Zitat „Sozial ist was Arbeit schafft“ hat eine lange Geschichte. Sie reicht von Alfred Hugenberg über die CDU/CSU zu Bundeskanzler Gerhard Schröder. Erfunden vom Wegbereiter Hitlers in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit, hat die Aussage damals durchaus einen Sinn gehabt.

Heute sind die Verhältnisse vollkommen anders. Es herrscht annähernd Vollbeschäftigung in Deutschland. Arbeit ist allerdings kein Selbstzweck, sie muss den Arbeitnehmern auch eine zum Leben ausreichende Bezahlung garantieren und sie nicht zu staatlich subventionierten „Aufstockern“ degradieren. Leider müssen heute viel zu viele Menschen in Deutschland für einen Niedriglohn arbeiten, der ihnen kein Auskommen garantiert. Deshalb muss diese Praxis ein Ende haben.

Sozial ist, was Arbeit schafft? Nur dann, wenn sie sich auch lohnt.



Deine Idee für den Kompass
Wir suchen Menschen mit Spaß am Schreiben und an Piratenthemen!

Mach mit! Hier steht wie:
<http://kompass.im/mitmachen>

Redaktionskonferenz:
Jeden Donnerstag 20 Uhr Telekonferenz
Software dafür kostenlos downloaden:
<http://wiki.piratenpartei.de/Mumble#NRW>

NRW-Mumble-Server im Raum:
Piratenzeitung.

Redaktionswiki:
<http://wiki.piratenzeitung.de/?title=Kompass>

Post

Kompass 2013.3 - „Fracking: Gefahr für unser Wasser“

Die Piraten müssen umsetzbare Lösungen für die kurzfristige Zeitschiene anbieten!

Im Artikel: „Fracking: Gefahr für unser Wasser“ fordern die Autoren die Abschaffung des Bergrechts und die Einführung eines Umweltgesetzbuches. Das ist auf die lange Sicht absolut richtig, jedoch nichts, was sich kurzfristig umsetzen ließe. Auch jetzt schon müssen wir uns den Problemen stellen, die sich aus den Auslegungsmöglichkeiten des Bergrechts ergeben. So wird zum Beispiel auf Braunkohle keine Förderabgabe erhoben, sie ist im Bundesberggesetz in Paragraph 151 Absatz 2 (2) bei „altem Recht“ ausgeklammert.

RWE sagt dazu mit breiter Brust, eine Einführung einer Förderabgabe sei verfassungswidrig. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hingegen kommt zu einem anderen Ergebnis. Auf der Suche nach einer Möglichkeit, eine Förderabgabe auf Braunkohle einzuführen, bin ich über dieses Gutachten gestolpert und habe die darin enthaltene Umsetzungs-Idee in einen Antrag gegossen. Dies würde ich gerne als Positionspapier PP008 auf dem Bundesparteitag 2013.2 in Bremen abstimmen lassen.

Kai Schmalenbach, Mitglied des Landtages NRW (Piratenpartei)

Die Redaktion freut sich auf Zuschriften und Anregungen: sendet sie an kontakt@denkselbst.org. Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

[Schreibt!]

UNERHÖRT

NSA hört Merkel ab!

Deutschland empört sich: Unfassbar! Da werden achtzig Millionen Menschen abgehört, das kümmert niemanden. Trifft es die Kanzlerin, ist das „veröffentlichte“ Geschrei groß. Welchen Erkenntnisgewinn können wir daraus ziehen?

Schlicht und simpel: Die Geheimdienste respektieren niemanden, egal ob Volk oder Regent. Ist es tröstlicher, dass es alle trifft? NEIN!

CC-BY NC ND Jürgen Asbeck/Timecodex

PIRATEN FÜR EUROPA

Wahlen in 2014 Mit 3 Prozent plus X sind wir dabei

CC ZERO STM

Entscheidungen des Europäischen Parlaments betreffen direkt zahlreiche klassische Kernanliegen der PIRATEN, an erster Stelle die ungefilterte Weiterleitung schützenswerter Daten an die USA - ob sie nun Flugreisende betreffen oder Banküberweisungen durch die Bankengenossenschaft „SWIFT“ (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication). Aber auch die neuesten Freihandelsabkommen sind gespickt mit netzpolitischen Grausamkeiten und neuen Strafen im ACTA-Stil (siehe dazu Seite 14 in diesem KOMPASS). Deshalb brauchen wir mehr als zwei PIRATEN im Europaparlament. Am 4. und 5. Januar 2014 wählen deutsche Basis-PIRATEN die Menschen, die sie im Europaparlament vertreten sollen. Anders als noch zur Bundestagswahl gibt es eine gemeinsame deutschlandweite Kandidaten-Liste. Auch die Hürde ist niedriger: Sie beträgt nur drei Prozent der Stimmen in Deutschland (nach dem aktuellen Stand der Dinge), vorausgesetzt das Bundesverfassungsgericht kassiert diese Regelung nicht noch vor dem Wahltermin.



Alle Wahltermine:

- **Kommunalwahl Bayern** 16.3.2014
- **Europawahl** 25.5.2014
- **Kommunalwahlen in 10 Bundesländern**
BaWü, BB, MV, NRW, RLP, Saarl., Sachsen, S-Anh, TH, HH 25.5.14
- **Landtagswahl Sachsen, Thüringen:** Sommer 2014
- **Landtagswahl Brandenburg:** Herbst 2014

Was ist Sozial?

Das deutsche Sozialsystem ist über ein Jahrhundert zu dem geworden, was es heute ist. In den letzten vier Jahrzehnten wurden Leistungen Schritt für Schritt zurückgefahren und dadurch entstandene Probleme nur halbherzig kaschiert. Es braucht neue Ansätze.



Seite **4**

Gleichberechtigung

Seite **8**

Die Anderen

Fünfte Jahreszeit, aber nicht für alle



GEZÖRRe

Auf der Suche nach der Wahrheit

Seite **9**

Freie Fahrt vor die Wand

Kampfansage gegen TTIP/TAFTA

Seite **10**

Schatzkarte Sozialsystem

Seite **12**

PIRATEN in Europa

Amelia Andersdotter und Christian Engström im Gespräch

Seite **14**

Medientipps

So starte ich meinen eigenen Verlag



Seite **16**

Aus den Fraktionen

Seite **17**

Infos

Seite **18**

Fanrechte sind Bürgerrechte

Seite **19**

Grundeinkommen

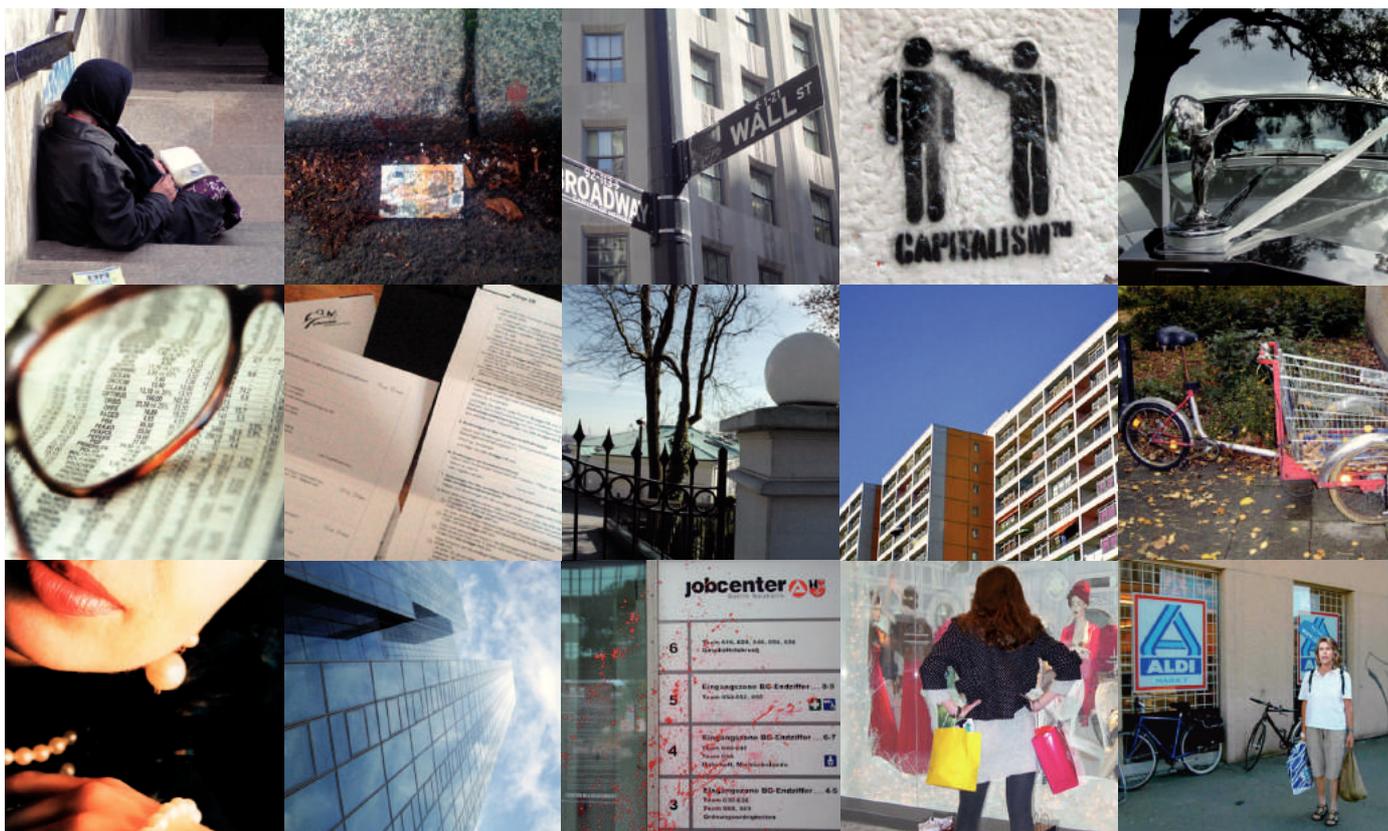
Diskussion und Meinung zum BGE



Seite **20**

Kurzgeschichte

Seite **23**



WAS IST SOZIAL?

SOZIALPOLITIK BERÜHRT DAS TÄGLICHE LEBEN VON MILLIONEN MENSCHEN

CC BY-SA KOMPASS-REDAKTION

Die Sozialgesetzgebung in der deutschen Geschichte ist in der Anfangszeit eine Reaktion des Staates auf die veränderten Arbeitsbedingungen und ihre Auswirkungen. Im Zuge der Industrialisierung des Landes änderten sich die Arbeitsverhältnisse der Menschen gravierend. Vorher in grosser Zahl in der Landwirtschaft beschäftigt, zogen sie in die schnell wachsenden Städte um in den neu entstehenden Industriebetrieben zu arbeiten. Die Verdienste waren dort besser als in der Landwirtschaft, die Arbeit schwer und gefährlich.

Was sozial ist

Sozial ist, wenn wir mehr zusammenarbeiten und jeder teilhaben kann.

THOMAS KÜPPERS

Hand aufs Herz: Wer versteht schon unser Steuersystem? Lohnsteuerjahresausgleich, Steuerklasse und Steuerfreibetrag sind für viele Menschen ein Buch mit sieben Siegeln. Wir Piraten meinen: Unser Steuersystem muss einfacher werden. Daher wollen wir unnötige Bürokratie abbauen und das Steuersystem radikal vereinfachen. Unser Vorschlag heißt „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (mehr dazu in diesem Kompass ab Seite 20) – ein einfaches, schlankes, soziales und gerechtes Steuersystem. Jeder versteht auf Anhieb, was er an Steuern bezahlt und kann ausrechnen, wie viel Geld ihm zur Verfügung steht. Auch die Firmen würden profitieren: Gehälter können einfacher abgerechnet werden und unnötige Verwaltung wird eingespart – das macht uns wettbewerbsfähiger und schafft neue Arbeitsplätze. Packen wir es an – Fortschritt muss nicht kompliziert sein.

Teilhabe

BRUNO KRAMM

Sozial ist, wenn der Wandel von der Dienstleistungs- zur Wissensgesellschaft von Morgen in die gesellschaftliche und politische Teilhabe Aller mündet.

Arbeiter hatten zwölf bis sechzehn Stunden lange Arbeitstage und eine Arbeitswoche von sechs Tagen. Krankheiten, häufig durch die Arbeit verursachte Todesfälle führten dazu, dass die Arbeiter die Verhältnisse nicht weiter tatenlos hinnehmen wollten und sich organisierten. Gewerkschaften und Arbeiterparteien entstanden, deren Mitgliederzahl schnell wuchs.

Vorläufer der in Wahlen immer erfolgreicher agierenden Sozialdemokratischen Partei waren zu Anfang der „Allgemeinen Deutsche Arbeiterverein“ von Ferdinand Lasalle und die „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“. Der Erfolg dieser rasch wachsenden Partei der Arbeiter und der Gewerkschaften zwangen den Deutschen Staat Verbesserungen und Zugeständnisse an das Volk zu gewähren, um eine absolute parlamentarische Mehrheit der Arbeiterpartei, oder schlimmstenfalls eine Revolution zu verhindern. Bismarck tat all das nicht aus freien Stücken, er war durch die Verhältnisse dazu gezwungen.

Im Gegensatz zu anderen Ländern bildet in der Bundesrepublik Deutschland das Soziale einen grundlegenden Bestandteil der politischen Kultur. Eine Vielzahl staatlicher Leistungen ist allgemein verfügbar. Es herrscht ein sehr weitgehender Zwang, am Sozialsystem teilzunehmen. Arbeitnehmern werden Beiträge direkt vom Arbeitslohn abgezogen. Was „sozial“ ist, wird fortwährend neu ausgehandelt und ist Thema der Wahlkampfaktivitäten politischer Parteien. Kaum beschlossen, wird eine Reform wieder in Frage gestellt. Sollen die Hartz-Gesetze weiter fortgeschrieben, verschärft, oder durch etwas völlig Neues ersetzt werden? Wie sieht es mit Beiträgen zur Krankenversicherung oder Rente aus oder gar dem Sys-

tem dazu? Allerlei Stellschrauben können gedreht werden, es gibt Begünstigte und Belastete. Dazu kommen noch Grundsatzentscheidungen der obersten Gerichte.

EXISTENZMINIMUM IST GRUNDRECHT

Das Bundesverfassungsgericht entschied im Februar 2010, dass jeder ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums hat. Das ergibt sich aus Artikel 1 Absatz 1 in Verbindung mit dem Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes. Die obersten Richter entschieden, dass nicht nur die grundlegenden Bedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnraum und Gesundheit zum Existenzminimum zählen, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. „Denn der Mensch als Person existiert notwendig in sozialen Bezügen“. Andererseits hat der Gesetzgeber einen weiten Gestaltungsspielraum, wie er eben das Existenzminimum sichert.

Alle diese Einfluss-Faktoren sorgen dafür, dass Lösungen in der Sozialpolitik eine recht kurze Lebensdauer haben. Es braucht Grundlagen zur Orientierung. Werfen wir einen Blick in die Vergangenheit.

AUFBAU SEIT 1870

Der deutsche Sozialstaat entstand nicht über Nacht. Gewachsen im Laufe eines Jahrhunderts wurde er durch die zahlreichen Krisen deutscher Geschichte geformt. Auf die sozialpolitische Aufbauphase von 1870 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 folgte eine Konsolidierungsphase von 1914 bis 1945, eine Ausbauphase von 1945 bis 1975 sowie eine viele Menschen aktu-ell belastende „Umbauphase“ von 1975 bis zur neuen großen Koalition.

Vor dem 19. Jahrhundert war Armut im Zusammenhang mit allerlei Naturkatastrophen und Hungersnöten Teil des Alltags. Almosen und christliche Nächstenliebe linderten nur allergrößte Not. Erste staatliche Ansätze sind grundlegende Regelungen zum Arbeitsschutz: in England brachte 1802 der „Moral and Health Act“ Schutzvorschriften gegen die Kinderarbeit. Deutschland führte ab 1883 Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung ein. Damals weltweit einzigartig. Mit der beginnenden Industrialisierung entwickelten die Arbeitgeber ein verstärktes Interesse an dauerhaft gesunden und versorgten Mitarbeitern. Reichskanzler Bismarck setzte bis heute prägende Akzente: Die Versorgung der Arbeitnehmer war strikt von der Armenversorgung getrennt - das hat sich bis heute erhalten. 1911 gipfelte das in der Reichsversicherungsordnung. Sie brachte das Gesetz aus einem Guss. Daneben sollte sie den Einfluss der ungeliebten SPD und der Gewerkschaften eindämmen.

Auch der Essener Stahlindustrielle Alfred Krupp verfolgte dieses Ziel. Er übernahm bereits in den 1830er Jahren hin und wieder Arztkosten seiner Beschäftigten. Als Gegenleistung forderte er politische Zurückhaltung: „Höhere Politik erfordert mehr freie Zeit und Einblick in die Verhältnisse, als dem Arbeiter verliehen ist. Äußerste Strenge soll gehandhabt werden gegen solche, die den Frieden stören wollen.“ Millionen Arbeiter und Angestellte (die damalige Zivilgesellschaft), haben über Jahrzehnte hinweg für ein sozialeres System gekämpft. Tausende haben dabei ihr Leben gelassen und sind in Kerkern vermodert. Zahlreiche Aufstände, Revolutionsversuche, die Gründung von Gewerkschaften und der sozialistischen Partei, die Genossenschaften etc. haben das Sozialsystem, allerdings nur als

„kleineres Übel“, den autoritären deutschen Herrschern abgerungen. Fakt ist, dass die Sozialdemokratie, Spartakusbund und später Kommunisten mehr wollten, als nur ein paar Sozialreformen von oben, sondern schlicht und ergreifend eine gerechtere Gesellschaftsordnung mit Freiheit und Gleichheit. 1919 bis 1932 bildeten USPD, SPD und KPD starke kapitalismuskritische Blöcke im Reichstag. Phasenweise gab es Zusammenschlüsse mit der katholischen Zentrumspartei. Selbst die größten Feinde eines demokratischen Gedankens, die NSDAP, sah sich gezwungen, in ihren Namen das Wort „sozialistisch“ aufzunehmen, um überhaupt punkten zu können.

Die sozialpolitische Aufbauphase ab ca. 1870, hatte nur einen einzigen Grund: zu verhindern, dass sich die Ideen der Räte-demokratie verbreiten. Die 1871 zunächst siegreichen französischen Kommunarden waren großes Vorbild für die deutsche Arbeiterbewegung. Deshalb wurde auch die berühmte Pariser Kommune von deutschen Truppen in Frankreich blutrünstigst niedergeschlagen.

SOZIALSTAAT ZWISCHEN DEN WELTKRIEGEN

Zum Auftakt des ersten Weltkrieges waren feste Grundlagen für den Sozialstaat geschaffen. 1927, noch vor der großen Weltwirtschaftskrise, führte man die Arbeitslosenversicherung ein.

Im Dritten Reich wurde das soziale Feld dem „Führerstaat“ untergeordnet. Die Interessen von Benachteiligten fanden höchstens auf dem Papier Berücksichtigung. Sozialpolitik diente zur Stützung des Regimes. „unproduktive“ Menschen blieben weitestgehend von Sozialleistungen ausgeschlossen oder wurden - Stichwort Sozialdarwinismus in seiner Extremform - gar vernichtet.

Respekt

FRANK HERRMANN, MITGLIED DES LANDTAGES NRW

„Sozial ist, Respekt jedem Menschen gegenüber zu zeigen, jederzeit - Respekt ist die notwendige Grundlage für ein soziales Miteinander.“

DEMOKRATISCH UND SOZIAL

Das 1949 frisch verfasste Grundgesetz bezeichnet die Bundesrepublik als „demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ (Artikel 20, Absatz 1). Besonders bemerkenswert: Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat sind Anschläge auf die Verfassung und als solche zu bekämpfen. Jedem Deutschen steht ein Sozialstandsrecht zu, wenn der Sozialstaat abgeschafft wird. Soziale Grundwerte finden sich in verschiedenen Artikeln des Grundgesetzes.

Artikel 1- die Achtung der Menschenwürde beinhaltet die staatliche Pflicht, ein soziokulturelles Existenzminimum und den sozialen Ausgleich zu sichern.

Artikel 3 fordert Gleichheitsgrundsätze ein. Ungleichbehandlungen etwa durch Geschlechtsunterschiede sind abzubauen oder zu vermeiden

Artikel 6 privilegiert die „klassische“ Familie, daraus ergeben sich gewisse Vorteile bei Steuern und Arbeitsrecht.

Artikel 9 erlaubt Arbeitnehmern den Zusammenschluss in Interessenvertretungen.

Artikel 12 ermöglicht die Berufsfreiheit und verbietet Zwangsarbeit.

Artikel 14 fordert, dass Privateigentum auch mit Rechten anderer in Einklang gebracht werden muss, etwa bei der Wohnraummiete.

Artikel 15 ermöglicht die Verstaatlichung privaten Eigentums. Das Grundgesetz schreibt weder Kapitalismus noch Sozialismus vor. Es überlässt die konkrete Gestaltung der Wirtschaft dem Gesetzgeber. Daraus resultierte die Möglichkeit, unterschiedliche

Sozialstaatsmodelle zu diskutieren. Die regierende CDU setzte letztendlich ihr Konzept der sozialen Marktwirtschaft durch, während die SPD erst 1959 auf ihrem Godesberger Programmparteitag die sozialistische Planwirtschaft ad acta legte.

MITARBEITER REDEN MIT

Nachdem in den zwanziger Jahren erste Forderungen nach Demokratisierung in der Arbeitswelt aufkamen, wurde die „Mitbestimmung“ erstmals 1951 in Gesetzesform gegossen, auch hier wieder als Mittel zum Zweck im Kampf des West-Kapitalismus gegen den Ost-Sozialismus. Die Planwirtschaft präsentierte in der Nachkriegszeit durchaus noch große Erfolge. Da musste sich der Westen etwas einfallen lassen, denn das spätere Scheitern im Osten war zu dieser Zeit nicht abzusehen.

SOZIALVERSICHERUNGEN VON 1949 BIS 2013

Während die DDR (Deutsche Demokratische Republik) auf eine Einheitsversicherung mit Sozialversicherungspflicht für alle Arbeitnehmer setzte, führte die BRD das gegliederte Sozialversicherungssystem fort, das aus Kranken-, Unfall-, Renten-, Arbeitslosen- und (seit 1995) Pflegeversicherung mit jeweils einzelnen gesetzlichen Versicherungsträgern bestand. Durch die Wiedervereinigung wurde dieses gegliederte Sozialversicherungssystem auch im Gebiet der ehemaligen DDR eingeführt.

Bereits 1949 legte das Sozialversicherungsanpassungsgesetz fest: Beiträge zur Krankenversicherung müssen künftig zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden (vorher zwei Drittel zu einem Drittel). Der Arbeitgeber finanziert die

Miteinander leben

CORNELIA OTTO

„Sozial ist, was der Gemeinschaft und nicht nur einem Einzelnen dient. Damit eine Gesellschaft nicht auseinander bricht, braucht sie ein Miteinander und Solidarität. Ohne sozialen Zusammenhalt stünden wir alle allein in Überlebenskonkurrenz zu jedem anderen Menschen auf der Welt. Wir brauchen das Soziale, um miteinander in Würde und Frieden zu (über)leben.“

gesetzliche Unfallversicherung hingegen komplett allein. Alle Arbeitnehmer sind sozialversicherungspflichtig. Seit 1995 sind alle Personen mit einem Wohnsitz in Deutschland pflegeversicherungs- und seit 2009 auch krankenversicherungspflichtig.

In den 1960er und 1970er Jahren wurden die Sozialversicherungen um die volle Lohnfortzahlung für sechs Wochen für Arbeitnehmer im Krankheitsfall erweitert. Kindergartenkinder, Schüler und Studenten wurden ebenfalls in die gesetzliche Unfallversicherung aufgenommen.

Die gesetzliche Rentenversicherung öffnete sich in den 1970er Jahren auch für Selbstständige und Hausfrauen. Eine Rente nach Mindesteinkommen und die flexible Altersgrenze mit 63 Jahren wurden eingeführt.

Ende der siebziger Jahre kürzte die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt einige Versicherungsleistungen und führte Zuzahlungen ein. Der demografische Wandel wurde spätestens Ende der achtziger Jahre unübersehbar: Die Menschen leben länger bei gleichzeitig sinkender Geburtenzahl.

Auch die dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit während der achtziger Jahre sorgte für Probleme. 1984 verabschiedete die erste schwarzgelbe Regierung Kohl das Vorruhestandsgesetz (Rente ab 58), 1985 das Beschäftigungsförderungsgesetz (Stärkung von Zeitarbeitsverträgen und Teilzeitarbeit). Außerdem bekommen seither Ausländer finanzielle Unterstützung bei Rückkehr in ihre Heimat.

Durch die Wiedervereinigung wurden Millionen ehemaliger DDR-Bürger in das bundesdeutsche Rentensystem integriert, ebenso wie rund vier Millionen ostdeutscher Rentner. Das setzte die gesetzlichen Rentenversicherungen finanziell noch stärker unter Druck.

In den neunziger Jahren wurden die Leistungen der gesetzlichen Renten-Versicherungen weiter gekürzt.

1995 wurde die Pflegepflichtversicherung eingeführt, um ärmere pflegebedürftige Menschen aus der Sozialhilfe herauszuholen. Außer im Bundesland Sachsen (welches keinen gesetzlichen Feiertag strich) wird der Beitrag zu gleichen Teilen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen. In Sachsen finanzieren die Arbeitnehmer den vollen Beitrag. Anfang des 21. Jahrhunderts führte dann die rot-grüne Regierung Schröder erhebliche Arbeitsmarktreformen ein, auch als Hartz I-IV bekannt. Die schlimmste Reform dürfte „Hartz IV“ darstellen, mit der sich die SPD endgültig von ihrem sozialen Aspekt verabschiedete.

2001 wandelte Rot-Grün zugleich die „Rente wegen Berufsunfähigkeit“ in die „Rente wegen Erwerbsunfähigkeit“ um - mit erheblichen Leistungseinschränkungen. 2007 kam schließlich durch die Große Koalition unter Merkel die Rente mit 67.

KRANKENVERSICHERUNG IN DEUTSCHLAND

Sie ist über 100 Jahre gewachsen und gestaltet sich etwas kompliziert:

Verbinden

JOHANNES PONADER

„Sozial ist, was die Menschen verbindet.“
Im Sinne von Gesellschaft („societas“, „society“) als Ganzes.

Jeder Arbeitnehmer muss bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse sein. Erst bei Überschreitung dieser Grenze darf er zu einer privaten Krankenversicherung wechseln.

Ein Selbstständiger kann sich sofort privat oder gesetzlich krankenversichern. Beamte sind entweder komplett gesetzlich versichert oder können eine Restkostenversicherung bei einer privaten Krankenversicherung abschließen. Dann erhalten sie „Beihilfe“ von ihrem Dienstherren, ein Zuschuss zu den Krankheitskosten, oder unterliegen der Freien Heilfürsorge und bekommen die Krankheitskosten während ihrer aktiven Dienstzeit entsprechend erstattet. Das gilt unter anderem auch für Strafgefangene und Maßregelvollzugspatienten. Soldaten haben Anspruch auf unentgeltliche truppenärztliche Versorgung.

Jeder gesetzlich Krankenversicherte kann seine Versicherungsleistungen durch private Zusatztarife aufbessern, sich aber auch komplett privat krankenversichern (Chefarztbehandlung, 1-Bett-Zimmer, Heilpraktiker etc.), wenn er unterhalb der Versicherungspflichtgrenze liegt. Er ist dann zwar doppelt krankenversichert, hat jedoch keine Probleme, so lange er nicht auch doppelt abrechnet.

GESUNDHEITSFONDS

2009 folgte die Einführung des Gesundheitsfonds. Dieser sammelt alle Einzahlungen an die gesetzlichen Krankenkassen ein und verteilt sie an diese entsprechend weiter. Außer einer kräftigen Beitragserhöhung für nahezu alle gesetzlich Krankenversi-

cherten wird zusätzlich noch der Arbeitgeberanteil „eingefroren“. Die Gesundheitskosten sollen auf lange Sicht von den Arbeitskosten entkoppelt werden. Bei nicht ausreichenden Krankenkassenbeiträgen aus dem Gesundheitsfonds dürfen Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe von den Mitgliedern erhoben werden!

2013 haben wir 134 gesetzliche Krankenkassen, das sind gar nicht so viele - wenn man bedenkt, dass es 2005 noch 267, 1995 noch 960 und 1970 noch 1.815 waren.

Am Ende dieser Entwicklung dürfte schließlich wohl nur noch eine einzige gesetzliche Krankenkasse übrig bleiben. Was auch Sinn macht, da die Leistungen zu etwa 95 Prozent sowieso gleich sein müssen!

WAS IST SOZIAL?: AGENDA DER PIRATENPARTEI DEUTSCHLAND

Im Zuge der digitalen Revolution aller Lebensbereiche durch eine alles durchdringende Vernetzung ist die Würde und Freiheit des Menschen in erhöhtem Maße gefährdet. Das geschieht in einem Tempo, das die gesellschaftliche Meinungsbildung und staatliche Gesetzgebung ebenso überfordert wie den einzelnen. Gleichzeitig schwinden die Möglichkeiten, diesen Prozess mit demokratischen Methoden auf einzelstaatlicher Ebene zu moderieren.

DIGITALE, NICHT-SOZIALE KERNTHEMEN

Reform des Urheberrechts: Der provokante Name „Piratenpartei“ resultiert aus einem der politisch brisanten Punkte des Parteiprogramms, nämlich der Forderung, das Urheberrechts zu modernisieren, im Sinne des ‚fair

use‘ also den Gebrauch von Werken für private, wissenschaftliche oder Lehrzwecke zuzulassen. Das würde auch die Privatkopie legitimieren, die immer mehr von Rechtsunsicherheit umgeben ist und von der Content-Industrie bereits als Piraterie gebrandmarkt wird.

Eine drastische Reform des Patentsystems, die Bekämpfung von Infrastrukturmonopolen sowie die Verhinderung von Patenten auf Leben, Software oder Geschäftsmodelle stehen ebenso auf der Agenda der Piraten. Diese politisch bisher wenig beachteten Themenfelder haben eine wichtige Gemeinsamkeit: Sie betreffen jeden Bürger, jetzt und in der Zukunft. Dies zu vermitteln wird eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Arbeit der Piraten sein.

RECHT AUF SICHERE EXISTENZ

Soziale Themen wie etwa die konkrete Ausgestaltung von den diversen Transferzahlungen nahmen die Piraten erst auf dem Bundesparteitag 2010.2 in Chemnitz in ihr Programm auf. Hier wurde der Grundsatzprogrammmantrag Nummer 50 angenommen, das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe (ReseT). Dort hieß es: Vor der Forderung nach einem konkreten Konzept muss zunächst dessen Ziel klar sein, fest stehen und von einer breiten Mehrheit getragen werden.

PA284 FÜR BGE

Ein Jahr später, nahm der Parteiprogrammparteitag 2011.2 in Offenburg den Programmantrag PA284 von Johannes Ponader in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 auf. Darin setzen sich die Piraten für die Einführung

eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ein (siehe dazu auch die BGE-Diskussion ab Seite 20).

Mit dem Einzug in den Bundestag 2013 sollte die Piraten-Fraktion eine Enquetekommission initiieren, die dazu eine Volksabstimmung mit „Präferenzwahlverfahren“ ausarbeiten und herbei führen sollte.

Weitere sozialpolitische Akzente bestanden in den Forderungen, die Hartz-IV-Sanktionen abzuschaffen und die Leiharbeit zu begrenzen. In Positionspapieren fordern die Piraten datenschutzfreundliche Regelungen für Empfänger von Sozialleistungen sowie die Einführung des „Fahrscheinlosen ÖPNV“ (Nulltarif öffentlicher Verkehrsmittel).

Der Parteitag 2012 in Bochum beschloss große Teile des Bundestagswahlprogramms mit zahlreichen sozialpolitischen Forderungen. Bereits im Zeichen der negativen Medienkritik, aufgrund der Selbstbeschäftigung der PIRATEN und ihrer Mandatsträger in Parteivorständen und den mittlerweile vier Landesparlamenten mißlang der Piratenpartei 2013 der Einzug in den Bundestag.

Dadurch ist der BGE-Programmmantrag dank seiner eigenen Befristung „für die nächste Bundestagswahl (2013)“ aktuell hinfällig. BGE stellt streng formell gesehen so lange keine offizielle Forderung der PIRATEN dar, bis ein Bundesparteitag dies neu beschließt. Es bleibt bei der Forderung des Grundsatzprogramms nach einem Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe. Es gibt mehrere BGE-Anträge zum Bundesparteitag in Bremen.

Mit Grundeinkommen Steuererhöhung?

Dazu Thomas Küppers, Themenbeauftragter Sozialpolitik und verantwortlich für das Bedingungslose Grundeinkommen:

„Ein entschiedenes Nein. Ein Grundeinkommen ist nicht nur heute schon realisierbar, sondern kann auch völlig ohne Steuererhöhungen eingeführt werden. Wir vereinfachen lediglich, wie Steuern bezahlt und Sozialleistungen wieder ausgezahlt werden. Unter dem Strich werden die meisten Menschen genauso viel oder etwas mehr Geld in der Tasche haben. Verschwinden wird lediglich die unnötige Bürokratie.“

GLEICHES GELD UNABHÄNGIG VOM GESCHLECHT MÄNNER UND FRAUEN

Der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

CC BY-SA ULRIKE MÖS / WIKA

Gleichstellung ist ein sehr aufgeheiztes Thema. Fakten stehen im ersten Gleichstellungsbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (im Weiteren: BMFSFJ) vom Juni 2011. Wir haben ihn für euch gelesen - und kommentiert.

IM BERUF

Gleichstellung bedeutet Gleichwertigkeit. Und das bedeutet im Berufsleben gleiche Chancen, gleiche Entwicklungsmöglichkeiten und gleiche Bezahlung. Erreicht ist das, wenn Arbeitgeber beim Einstellungsgespräch nicht mehr wissen können, welcher Bewerber in der Kindererziehungsphase ausfallen wird. Erst wenn Männer bereitwillig Kinder erziehen oder Eltern pflegen, werden Frauen gleiche Entgelt- und Karrierechancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Knotenpunkte für Ungleichheiten sind Berufswahl, Berufseinstieg, Berufstätigkeit und Rente. Frühe Entscheidungen können weitreichende Folgen haben. Bereits beim Einstieg in den Beruf erwartet Frauen oft ein erheblich geringeres Grundgehalt.

FRAUEN UND KINDER

Alte Strukturen machen es jungen Generationen schwer. Oft werden traditionelle Geschlechterrollen von den Betroffenen gar nicht gewollt. Wahlmöglichkeiten für Eltern müssen geschaffen werden: Öffnungszeiten der KiTas, Schulen und Ärzten, öffentlicher Nahverkehr (Mobilität) und Gleitzeit sind Eckpunkte für Gleichstellung.

Das Modell der Ehefrau, die zu Hause wartet, während der Mann viel arbeitet, ist überholt. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) werden mehr als ein Drittel der westdeutschen Universitätsabsolventinnen kinderlos bleiben. (S. 126)

VERGLEICHZAHLEN

2009 waren in Deutschland 66,2 Prozent Frauen erwerbstätig. Das ist der sechste Rang im Vergleich der EU-Länder und übersteigt den Durchschnitt der EU 27-Länder deutlich um mehr als sieben Prozentpunkte (Eurostat-Datenbank). (S. 111)

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2010) lag der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Stundenverdienst von Männern und Frauen 2008 brutto insgesamt bei 23,2 Prozent und damit deutlich über dem Durchschnitt der Europäischen Union (18 Prozent). (S. 137)

Insgesamt führt der Bericht den Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen zu 18 Prozent auf die unterschiedlich häufigen und langen Unterbrechungen für Elternzeit zurück. Frauen in Führungspositionen

Selbst in typischen Frauenberufen besetzen Männer oft die Führungsrollen. Die Ansprüche der Wirtschaft an die Flexibilität sind



hoch. Karrieren werden fast unmöglich, wenn Kinder oder andere hilfebedürftige Personen zu versorgen sind. Frauen im Niedriglohnssektor

Neben ungewollter Teilzeitarbeit oder Mini-Jobs finden sich Frauen oft in schlecht bezahlten Tätigkeiten mit geringen Aufstiegschancen wieder, im sogenannten Niedriglohnssektor. (S. 46) Der Anteil der niedrig bezahlten Frauen lag 2007 bei 29,3 Prozent gegenüber 13,8 Prozent bei den Männern. (S. 141)

Teilzeitbeschäftigte erhalten in Deutschland einen um durchschnittlich 4,17 Euro geringeren Stundenlohn als Vollzeitbeschäftigte (2008), eine „Lohnstrafe für Teilzeitarbeit“.

GLEICHSTELLUNG ALS GESELLSCHAFTLICHES LEITBILD

Neben dem Aspekt der schlichten Gerechtigkeit würde ein höherer Anteil von Frauen bei den „vollwertigen“ Beitragszahlern auch dazu beitragen, die Finanzen unserer Sozial- und Steuersysteme zu stabilisieren. Die Kosten der Gleichstellungs-Defizite übersteigen die der Gleichstellung bei weitem. (S. 48)

Gerade soziale Berufe werden zu einem hohen Anteil von Frauen ausgeübt. Hier darf nicht ausgenutzt werden, dass Zufriedenheit im Beruf auch mit einer geringen Bezahlung erreicht werden kann. Die starke Zunahme von psychischen Krankheiten kommt nicht von ungefähr.

Das Humanvermögen unserer Gesellschaft ist unser größter Schatz. Das geistige Kapital von Männern und Frauen kann nur dann sein volles Potential entfalten, wenn Frauen auch auf dem Arbeitsmarkt eine angemessene Anerkennung erfahren.

Die Vielfalt zeigt sich durch Zugang. Die politische Möglichkeit einer gleichberechtigten Gesellschaft mit mehr Gerechtigkeit wird geschaffen durch Menschen, die das wollen.

Auch wenn zurzeit noch viele Bereiche stark hierarchisiert sind, können Arbeitsteilung und Wertschätzung eine Umwälzung herbeiführen.

Quelle: Den Gleichstellungsbericht gibt es als PDF beim Ministerium. <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=174358.html>

DIE ANDEREN

PREKÄRE PAKETE AUS AMAZONIEN

CC ZERO STEFAN MÜLLER/STM

Weihnachten ist ein Knochenjob im Online-Shop

In diesen Wochen läuft die „fünfte Jahreszeit“ richtig auf Hochtouren: Vor Weihnachten und im Januar ist Hochsaison im Versandhandel. Dach Traditionsversender haben schwer zu kämpfen.

Quelle und Neckermann sind nur noch „Marken“, Otto strukturiert heftig um. Der Grund: Online im Web shoppen ist 2013 Mainstream, und den Löwenanteil dieses Geschäfts holt Internetriese Amazon. Deutschland ist sein größter, stürmisch wachsender Auslandsmarkt, er brachte 2012 fast 9 Milliarden US-Dollar Umsatz. 2010 waren es gerade 5,3 Milliarden. Mit Büchern fing es harmlos an. Heute machen große Buchkaufhäuser reihenweise dicht. Und das Amazon-Prinzip gilt nicht nur für Lesestoff, sondern eigentlich für alle Warengruppen - bis auf die leicht verderblichen Frischartikel. Noch. Denn auch Lieferung am gleichen Tag wird kommen, und zwar zuerst in Berlin.

MENSCHENHÄNDLER FÜR BILLIGPREISE

All diese schönen Pakete müssen jedoch von Hand gepackt werden. Jedes Jahr heuert Amazon tausende von Leiharbeitern an, auch im Ausland. Das war Anfang 2013 in der Kritik. Denn als Arbeitgeber traten windige Personaldienstleister auf, und die waren nicht zimperlich im Umgang mit den Beschäftigten. Immerhin wurde seither das Einstiegsgehalt aufgebessert. Aktuell gibt es jetzt 9,55 Euro die Stunde, so die Leipziger Volkszeitung, dies auch für Aushilfen. Somit liegt es etwa auf dem Level der PIRATEN-Forderung vom Bundesparteitag 2013.1 in Neumarkt: mit 9,02 Euro für unbefristete und 9,77 Euro für befristete, also auch saisonale Arbeitsverhältnisse.

KAMPF GEGEN DIE UHR

Doch wenn dann der Paketwagen hastig durch die Straßen fährt, bleibt es bei unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Als sprichwörtlich schwarzes Schaf unter den Paketdiensten steht oft die Otto-Tochter Hermes in der Kritik. Ähnlich zwischengeschaltet wie Amazon-Personaldienstleister, gibt es bei Paketdiensten Subunternehmer und dann nochmal weitere Subs. So macht sich der feine Konzernboss nicht höchstselbst die Hände schmutzig, wenn ganz unten prekär für Paket-Stücklohn geschuftet wird. Das muss sich ändern.



GUTSCHEIN FÜR EIN LEBEN AM LIMIT

Nicht ausgelastet? ist dein Leben zu langweilig?
Komm zu Amazon und entdecke, was es heisst unter Druck zu arbeiten. Du lernst mit wenig zu leben und tust damit ein gutes Werk für die armen Aktionäre.



Extreme Couchsporting ist nicht gerade billig

Sportkosten und die Intransparenz der Sender

Diesmal wollte ich von ARD und ZDF wissen, wie viel der rund acht Milliarden Euro Rundfunksteuer in welche Sportart geht. Die ARD liegt hier in Sachen Intransparenz deutlich vor dem ZDF. Die ARD gab nämlich gar keine Antwort. Zuschauernähe sieht anders aus, besonders wenn ich dann später aus der Zeitung die Antwort auf meine Frage erfahren muss. Vom ZDF kamen nur vage Angaben. Angeblich könne man die Inhalte nicht veröffentlichen, weil die Verträge Geheimhaltung vorsehen. Steht diese Klausel vielleicht deshalb drin, weil dem ZDF peinlich ist, wie viel Geld sie für Sportrechte verschwenden, während Kultur und Wissen deutlich zu kurz kommen?

Sport ist größter Einzelposten

Aus den Angaben konnte ich zumindest eine Zahl für 2013 herausfinden. Das ZDF plant für dieses Jahr 188.235.229 Euro an Programmkosten für Sport. Auf eine erneute Nachfrage, wie hoch denn der Betrag in den letzten Jahren war, kam wieder die Ausrede mit der Geheimhaltung. Obwohl man aus einem Summenwert kaum die Einzelposten berechnen kann. Die Ausgaben des ZDF für Sport sind jedenfalls der größte Einzelposten im Haushalt des Senders, wobei nicht klar ist, ob hier wirklich alle Kosten abgebildet sind. Im Jahr 2012 waren für die Berichterstattung von großen Sportgroßereignissen wie der Fußball-EM, den Olympischen Sommerspielen, den Paralympics, der Leichtathletik-EM und der Handball-EM insgesamt rund 147,80 Millionen Euro geplant. Würde man nur die zwei Punkte vergleichen, wäre dies eine drastische Steigerung der Ausgaben für Sport. Über die Qualität sagen die Kosten nichts aus und auch nicht über den Umfang. Insbesondere Fußballspiele sind vielfach überteuert, was nicht zuletzt an dem hohen Kommerzialisierungsgrad des Fußballs liegt. Hier werden durch Gebote die Preise unnötig gesteigert, obwohl der Sender ja vollkommen egal ist, solange es sich um Free-TV handelt.

Die ARD gibt laut dem erwähnten Artikel (In welcher Zeitung? - RG) 361 Millionen Euro jährlich für Sport aus. Ob hier wohl alle Synergien ausgereizt werden? Man sollte ARD und ZDF zu einer Sendergruppe vereinen und die Programme in Sparten aufteilen. Nachrichten, Wissen, Unterhaltung und Kinder, wobei Sport zum Bereich Unterhaltung zählen würde. Dadurch entfielen auch teure Doppelstrukturen, die sich über die Jahrzehnte gebildet haben.

KAMPFANSAGE GEGEN TTIP/TAFTA:

FREIE FAHRT
VOR DIE WAND

CC BY-SA ANKE DOMSCHEIT-BERG

Die transatlantische Freihandelszone schafft nicht nur Zollschranken, sondern auch wie seinerzeit ACTA viele Bürgerrechte ab

Auszüge aus der Rede von Anke Domscheit Berg auf dem 10. Landesparteitag der PIRATEN Brandenburg

Bundestagswahlkampf September 2013: Es gibt Piraten, die haben Tausende von Kilometern zurückgelegt, um zig Infostände zu machen, unzählige Plakate auf- und auch wieder abzuhängen oder tausende von Flyern per Hand zu verteilen. Wir haben uns mit neuen und mit bewährten Wahlkampfaktionen engagiert, mit jeder Menge Kryptoparties, haben auf bildstarke Weise die Tatsache der Rundumüberwachung von Bürgerinnen und Bürgern deutlich gemacht hat.

Alle die, die bei einer der Überwachungsaktionen im Gläsernen Mobil dabei waren, werden sich noch gut daran erinnern, wie schlecht es sich darin schläft, aber auch was es für psychische Wirkungen auf einen hat, wenn man von überall her beobachtet werden kann. Wir haben so mit kreativen und eigenen Methoden vermitteln können, was eigentlich schwer vermittelbar ist - der gläserne Bürger.

Aber trotz allen Engagements, und obwohl wir auch keinen Mangel an Medienpräsenz zum Sommerthema NSA-Überwachung hatten, war es für Wählerinnen und Wähler eben doch kein entscheidendes Thema. Soziale Fragen, wie Harz4, Miet- und Strompreise, Mindestlohn, Arbeitsplätze und dergleichen waren viel wichtiger.

Neue Wahlchancen

Schon im Mai stehen die nächsten Wahlen an, für die wir durchaus gute Chancen haben. Bei der Europa-Wahl gibt es nur eine 3-Prozent-Hürde und die ist ja wohl schaffbar! Jedenfalls in Zeiten, in denen sich die großen Parteien weiter unglaublich machen, nicht nur aber vor allem auch im Zusammenhang mit der Aufklärung der Massenüberwachung durch ausländische Geheimdienste. Es fehlt eine starke Haltung Deutschlands gegen die USA, aber auch gegen das EU-Mitgliedsland Großbritannien.

Wo bleibt denn das EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen England, wann wird der britische Botschafter ins Außenministerium einbestellt? Warum entrüsten sich Politiker der Regierung über die Tatsachen und Rechtsverletzungen, die die Informationen von Edward Snowden ans Tageslicht brachten. aber weigern sich dann, ihm hier in unserem Land Schutz zu gewähren?

Hat es im September viele Menschen noch nicht so aufgeregt, dass wir als ganzes Volk überwacht werden, so gab es doch mit der Merkelphone-Affäre eine Veränderung in der öffentlichen Wahrnehmung. Die plötzliche Aufregung der Kanzlerin stand in krassem Widerspruch zu ihrer Gelassenheit, als es bloß um die Telefone und Emails von Urika und Otto Normalwählerin ging. Viele Menschen werden bemer-

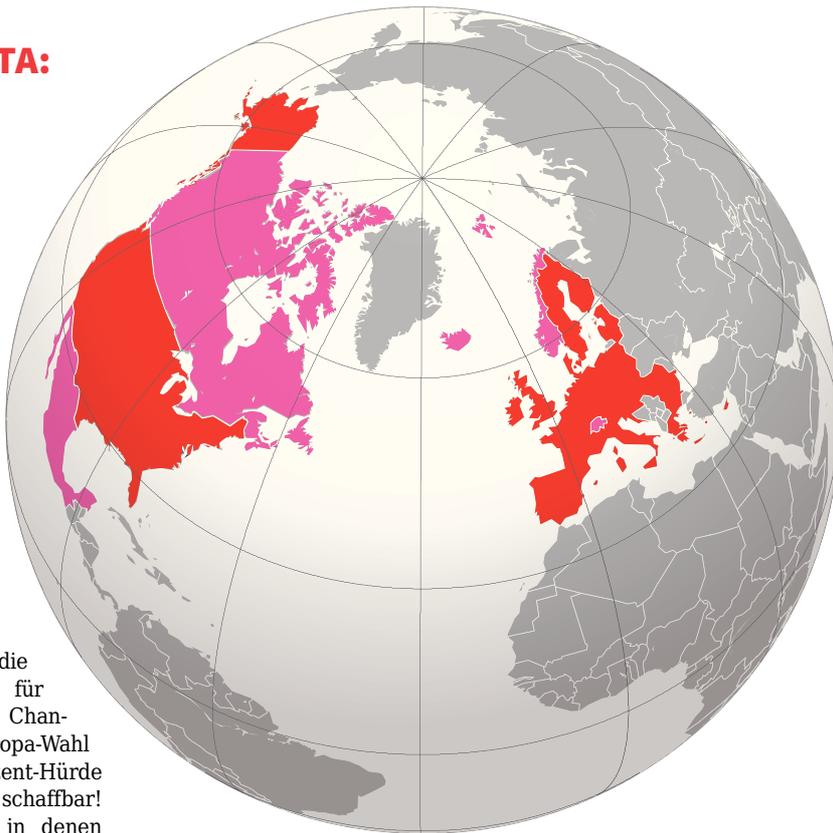
ken, dass bei den Koalitionsverhandlungen nicht ein größerer Schutz ihrer Privatsphäre, sondern noch mehr Überwachung herauskommen wird. Das spielt uns zu, aber wie schon im September wird es nicht ausreichen.

Für die Europawahlen werden wir auch auf andere Schwerpunkte setzen, etwa Demokratiethemen und Transparenz. Wieder werden Geheimverträge zwischen den USA und der EU ausgehandelt wie damals bei ACTA. Wieder sind sie von Lobbyisten geschrieben und nur durch einen Leak an die Öffentlichkeit geraten. Wieder beinhalten sie unvorstellbare Eingriffe in demokratische Grundrechte und die Souveränität von Staaten zugunsten großer Konzerne, deren materielle Interessen höchsten Stellenwert erhalten sollen. Nationale Schutzrechte wie Umwelt- und Verbraucherschutz werden dann nachrangig sein und Regierungen würden Schadenersatz in Milliardenhöhe aus Steuergeldern zahlen müssen, weil Firmen wegen Wettbewerbsbeschränkungen gegen alles das klagen können.

TAFTA/TTIP weg wie ACTA!

Dieses TAFTA-Abkommen würde auch wieder private Urheberrechtsverletzungen massiv kriminalisieren und zur Überwachung des Internetverkehrs durch ISPs führen, es würde Patente für medizinische Eingriffe möglich machen, die es bisher nicht gab, es würde die Herstellung bezahlbarer Generika verzögern und immer würde es bei der Abwägung von Gemeinwohl und Wirtschaftsinteressen zugunsten der Wirtschaft entscheiden - auf Kosten selbst von Menschenleben. Wir dürfen uns dann auch freuen: auf nicht deklariertes Genfood und auf Chlorhähnchen made in USA, die bisher in Europa verboten sind, mit dem Freihandelsabkommen nach Wunsch der USA aber nicht mehr.

Mit diesem neuen Vertragswerk, genannt TTIP - Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership) wäre die ganze Debatte um direkte oder repräsentative Demokratie egal, weil keine davon mehr eine ausreichende Rolle spielen könnte,



weil an erster Stelle internationale Großkonzerne stehen werden und was die Bedürfnisse ihrer Geldgeber sind, aber nicht, was ein Volksentscheid oder ein Parlament beschlossen haben.

Wir müssen gegen solche Auswüchse vorzugehen und mit aller Kraft verhindern, dass ein solcher Vertrag von Deutschland mit unterzeichnet wird. Deutschland ist in der EU die wichtigste wirtschaftliche und politische Macht. Es wird entscheidend sein, ob wir dieses Agreement mittragen oder nicht. Wir müssen massiven Druck auf die Straße bringen, um das zu verhindern. Es darf kein zweites, und noch viel schlimmeres ACTA geben.

ACTA wurde verhindert, weil Millionen Menschen auf der Welt sich in unzähligen Aktionen dagegen gewehrt haben. Gegen den menschenfeindlichen Inhalt aber auch gegen den intransparenten, höchst undemokratischen Prozess seiner Entstehung, der auch jetzt wieder der gleiche ist. Die Zivilgesellschaft ist dabei außen vor, die Lobbyisten schreiben an den Entwürfen fleißig mit und sind immer im Bilde. Die Piraten waren eine der Kräfte, die sich mit vielen anderen gegen ACTA verbündeten und durch diesen gemeinsamen Widerstand ACTA verhindert haben.

Dranbleiben!

Wir werden uns dazu wieder mit anderen verbünden, online und offline mobil machen und eine Lanze für Transparenz und demokratische Prozesse auf Europäischer Ebene brechen, gegen die Übermacht des Lobbyismus. Wir werden unsere internationale Stärke dabei zeigen.

Uns werden Wahlergebnisse nicht in den Schoß fallen, aber für uns spielt die Zeit. Wir sind keine Übernachtepartei, die mal eben ein paar Protestwähler toll finden, auch wenn das eine Zeitlehre ist und die Welt so gedacht haben. Wir sind eine Partei für die digitale Gesellschaft, und für die Zukunft, und wir werden einen langen Atem haben und haben müssen. Auch die Grünen haben lange gebraucht, bis sie in Parlamente eingezogen sind.

Hätten sie damals nach den ersten Niederlagen aufgegeben, säßen sie heute nicht in Landesregierungen und würden keinen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg stellen. Bei allem Chaos und anfänglicher Selbstzerfleischung haben die Grünen nämlich Durchhaltevermögen im Interesse der Sache gezeigt. Genau deshalb gibt es für uns keinen Grund, pessimistisch zu sein! Es gibt im Gegenteil, jede Menge Anlass für Optimismus und Wahlkampflust.



AUS DEN FRAKTIONEN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Pädagogik schlägt technische Überwachung -

Piraten setzten Detektoren-Verbot in Schulen durch

CC BY-SA SVEN KRUMBECK MdL

Zur Entscheidung des Bildungsausschusses, zur Unterstützung des Piratenantrages, wonach der Einsatz von Technik zur Feststellung von aktivierten Mobilfunkgeräten an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen untersagt wird, erklärt der bildungspolitische Sprecher der Piratenfraktion, Sven Krumbeck:

„Moderne Medien und Technik gehören zur Lebenswirklichkeit aller Menschen. Sie hat längst Einzug in die Schulen gefunden und müssen nun sinnhaft in den Unterricht integriert und für dessen Weiterentwicklung genutzt werden. Die Entscheidung des Bildungsausschusses, Technik zur Überwachung der Schülerinnen und Schüler, völlig unabhängig von der jeweiligen Situation, zu untersagen, stellt einen Sieg der Pädagogik über die Überwachungstechnik dar.“

Wir wollen Schulen inhaltlich modernisieren und Schülerinnen und Schüler fit für ihre Zukunft machen. Dazu gehört, dass in Prüfungen immer mehr Fähigkeiten und Kompetenzen abgefragt werden, statt punktuell auswendig gelerntes und schnell vergessenes Faktenwissen. Wir vertrauen hier auf die Kraft der Schulen und die pädagogische Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer. Der Bildungsausschuss hat sich mit seinem Votum auch gegen einen Generalverdacht gegen die gesamte Schülerschaft ausgesprochen. Technik und Medien können Schule inhaltlich voranbringen; zur Überwachung - in welcher Form auch immer - wollen die Piraten sie nicht missbrauchen. Diese Auffassung wird von vielen Lehrern, Eltern und Schülern so wie anderen Fachleuten unterstützt.“



SOZIAL-IDEEN DER PIRATEN

CC ZERO STEFAN MÜLLER / STM

Überblick und Grundlegendes zu sozialen Forderungen der Piraten

AUFSTIEG

ist, wenn sich die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, Einkommensgruppe oder Qualifikationsstufe nach oben verändert. Das Gegenteil ist sozialer Abstieg. Oder Verharren auf dem gleichen Niveau. Deutschland ist sozial unbeweglich: In keinem anderen Land, schreibt Sozialwissenschaftler Reinhard Pollak, blieben die Menschen so stark in der Position hängen, die schon ihre Eltern hatten. Insbesondere die jüngere Generation schafft den sozialen Aufstieg nicht mehr auf breiter Basis.

BILDUNG

Das Rennen um gute Bildungsabschlüsse beginnt bereits in der ersten Klasse. In Deutschland sind gut bezahlte Erwerbsquellen stark an formale Abschlüsse gebunden. Wer nicht das gewünschte Papier hat, muss sehen, wo er bleibt. So wird das Studium als Königsweg gesehen. Für Kinder aus Akademikerfamilien ist ein Studium selbstverständlicher Teil der Biografie. Bei Kindern aus nicht akademischen Elternhäusern ist das anders, für sie bedeutet ein Studium ein Risiko.

CHANCEN

Über 20 Jahre nach dem letzten großen Umbruch, der Wiedervereinigung BRD und DDR, ist die bundesrepublikanische Gesellschaft erstarrt. Auch wenn jetzt viele Menschen in den Ruhestand gehen und Fachkräftemangel droht.

DEMOKRATIE

Aus finanzieller Notlage und Zukunftsängsten heraus kann keine Freiheit für politisches Handeln erwachsen. Druck und Zwang führen bei den Betroffenen zu einer Radikalisierung der politischen Forderungen. Dies gefährdet die Demokratie in unserer Gesellschaft.

ENGAGEMENT

Eine Gemeinschaft lebt von unbezahlter Freiwilligenarbeit, von Trainern oder Schiedsrichtern im örtlichen Verein, Kultur- und Theaterprojekten. Von sozialen Diensten wie dem Besuch kranker oder alter Menschen sowie Jugendarbeit.

FREIHEIT

schützt man nicht, indem man sie abschafft. Die Piraten setzen sich für starke Grundrechte ein. Sie wollen die Bürgerrechte gegenüber dem Staat verteidigen, der sie bedroht. Maßstab ist das originale Grundgesetz, wie es 1949 ausgearbeitet wurde. Änderungen an den Grundrechten (Artikel 1 bis 19) lehnen sie kategorisch ab, da die Vergangenheit gezeigt hat, dass diese immer nur zu einem Abbau von Bürgerrechten führen.

GRUNDEINKOMMEN

Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse wie etwa Wohnen, Essen und Gesundheit gesorgt und gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. In unserer Geldwirtschaft braucht es dazu ein Einkommen. Gefragt sind Lösungen, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit ermöglichen.

HARTZ IV

kam ab 2005. Die Anrechnung / Berechnung von Leistungen zu Sicherung der Grundversorgung sind diskriminierend. Ebenso die Sanktionen. 95 bis 98 Prozent aller Bezieher von ALG 2 sind ehrlich. Leider wird nur auf den Rest geschaut und jeder Empfänger von Leistungen für kriminell gehalten. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Sanktionen müssen ein Ende haben.

JUGENDARMUT

Fast jeder zehnte Jugendliche in Deutschland bezieht Hartz IV, um zu überleben. Im Sommer 2008 waren dies fast eine Million Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren.

LEHRMITTELFREIHEIT

Der Erwerb von neuen Schulbüchern kann mehrere hundert Euro pro Jahr kosten. Es wäre auch hier Zeit für neue Ansätze. Mit Hilfe von Onlinemedien und SchülerTablets können stets aktuelle Lehrmittel genutzt werden. Es wird immer weniger notwendig, die Dienste von teuren Schulbuchverlagen in Anspruch zu nehmen. Ein positives Beispiel sind die Mathevideos der Kahn Academy, die weltweit über Youtube zur Weiterbildung bereitstehen.

OPEN GOVERNMENT

ist ein anderes Wort für die Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft. Dies kann zu mehr Transparenz, zu mehr Teilhabe, zu einer intensiveren Zusammenarbeit, zu mehr Innovation und zu einer Stärkung gemeinschaftlicher Belange beitragen. Im angelsächsischen Sprachraum hat sich für diese Entwicklung, die besonders von den Web 2.0-Technologien geprägt wird, die Bezeichnung „Open Government“ durchgesetzt.

PFLEGE

Die Bevölkerung wird immer älter. Altersbedingte Krankheiten nehmen zu. Gleichzeitig der Wunsch, nicht ins Heim zu gehen. Ein Ansatz wären neue Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Zum Beispiel in einer Senioren-Wohngemeinschaft oder als Erweiterung des Familien-Konzeptes. Jeder Mensch muss sich frei für von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können.

RENTE

siehe Grundeinkommen

QUELLOFFEN

nicht nur Software, auch andere Produkte müssen transparenter werden, indem der Bauplan für jedermann offen liegt. Das schafft Vertrauen durch Transparenz.



TRANSPARENZ

Heute muss allzu vieles in Politik und Behörden nichtöffentlich bleiben. Warum? Die Abkehr vom Prinzip der Geheimhaltung, dafür ein Prinzip der Öffentlichkeit bringt frischen Wind in diesen Staat. Der mündige Bürger soll alle Informationen erhalten. Das ergibt eine moderne, freiheitliche und demokratische Wissensgesellschaft.

UMWELT

Man muss so handeln, dass die Lebensgrundlagen auch in Zukunft vorhanden sind. Voraussetzung ist ein verantwortungsvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Mehr nachhaltig genutzte regenerative sowie generative Energiequellen sind daher nötig. Organisiert wird das in einer transparenten dezentralisierten Erzeugerstruktur.

VETTERNWIRTSCHAFT

wenn bei Ausschreibungen immer die gleichen Leute zum Zuge kommen, liegt der Verdacht nahe, dass etwas nicht mit rechten Dingen abgewickelt wird.

WANDEL

Der Wandel zur digitalen Gesellschaft stellt einen enormen Entwicklungssprung dar. Sie wirkt sich massiv auf unser soziales Leben, politische Prozesse und unser wirtschaftliches Handeln aus. Freie Kommunikation wirkt wie ein Katalysator für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und legt mit den neuen digitalen Technologien bisher ungeahnte Potenziale frei.

XENOPHOBIE

Fremdenfeindlichkeit können und wollen wir uns nicht leisten. Jeder Mensch ist wichtig.

ZUKUNFT

Das große Ganze ist in der Politik verloren gegangen. Atemlos hetzen Politiker durch Talkshows, die Medien bringen ein Sensationsthema nach dem anderen. Klar machen zum Ändern!



ZUSAMMEN!



MEHR GERECHTIGKEIT!

CHANCEN!



UMWELT!



FREIHEIT!



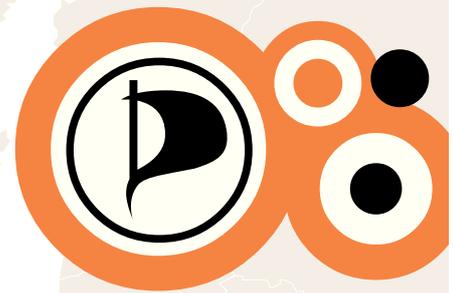
BILDUNG!

KOMPASS - PoliticalTalks:

WHY EUROPE NEEDS THE "PIRATE PARTY"!

CC BY-NC ND TIMECODEX / JÜRGEN ASBECK

Some of the Pirate Party's main issues were affected by actions of several foreign government organizations. The population of European member states was affected. NSA's "PRISM" as well as the British "Tempora" program have recently been leaked by ex-agent Edward Snowden, who considered personal rights of people living outside US-borders being attacked. Even the European Parliament has been "bugged" by American Agents.



INTERVIEW AMELIA ANDERSDOTTER AND CHRISTIAN ENGSTRÖM

KOMPASS:

Amelia, what do you as a member of the European Parliament consider an adequate response to voters asking:

What can Europe do to prevent member states from being under unchecked surveillance by non-European agencies?

AMELIA ANDERSDOTTER:

The most defining issue will be the data protection regulation, but also how we see Europe as a continent. Data protection is actually a European speciality, a regulatory framework and a series of big research and innovation investments that we've made in Europe in order to continue being good with human rights. We have a lot of good innovations, companies, researchers and knowledge, both on the technical and the sociological side. We have the European Union because military rule was not so good, and when our militaries were still always arguing it made us all feel bad and additionally many of us died. The European Convention of Human Rights codifies a strong framework for privacy and self-determination because it is a pre-requisite for democracy and a free society, and now we're up to the test if we're able to build a society where those values prevail.

The problem for Europe is that we're often petty with each other: sometimes it comes across as if European member states prefer bitching with each other rather than finding a common goal to strive for, such as human rights and democratic values. After investing insane amounts in privacy-friendly technologies - why are we not creating a regulatory framework for a market where they can thrive? Instead, we often even actively make it difficult to use privacy-friendly technologies. This is clearly not in our best mutual interest.

Sometimes I feel many older citizens still harbour remnants of a certain Cold War romanticism. This is strange because when I grew up in the 90s, I was told it wasn't all that great.

The data protection regulation though needs to accomplish more than merely establishing a status quo with respect to the 1995 directive. We need a positive vision for the future, and we need to create/shape the terms and conditions for the world as we want it. I think we can deal with wanting human rights for European citizens. There are also other legislative frameworks that we need to go over - things like how do we adjust energy law, public governance law, transport law etc. to a privacy friendly future as well.

KOMPASS:

Christian, states tend to collect large amounts of data.

Information created by technological processes on the internet, like motion profiles, search requests and personal contacts of mobile-phone users, are of particular interest to special branches.

What can be done to protect the EU population and legislation from that kind of illegal data mining?

Do we need protection laws?

CHRISTIAN ENGSTRÖM:

Of course we need data protection laws. When I give out personal data to either a company or a public authority, I have a right to demand that the data is only used for the purpose it was collected for and that I have given consent to. Just because some companies think they can make more money if they can do whatever they like with my data is not an argument to let them.

To protect the EU population, it has become obvious that we cannot send sensitive data, such as personal data, to any servers that are located in the US. In the US there are almost no restrictions on what companies are allowed to do with our data, and literally



” THE MOST DEFINING ISSUE WILL BE THE DATA PROTECTION REGULATION, BUT ALSO HOW WE SEE EUROPE AS A CONTINENT. “



” WE NEED TO CONTINUE FIGHTING FOR REAL NET NEUTRALITY! “

TOPICS AND PERSPECTIVES

no restrictions at all on what the NSA will do with it (whether legally or not).

We need to do two things to start rebuilding public confidence in the internet: pass strong data protection laws here in Europe, and start making sure that personal data about Europeans stays within Europe as far as possible.

KOMPASS:

Christian, what will be the most important topics the European Parliament will have to discuss in the near future?

CHRISTIAN ENGSTRÖM:

The NSA scandal has already led to calls from the European Parliament to get the facts on the table about what the US has been doing, and to what extent various EU governments have been accomplices. We need to get the Data Protection Regulation passed in a strong form that really protects the privacy of our citizens.

We need to continue fighting for real net neutrality. This is very urgent, since EU commissioner Kroes has put a proposal on the table that pretends to favour net neutrality, but in fact does the very opposite by endorsing “managed services”. If her proposal gets adopted the way it is written, it would in practice mean that the big telcos can act

as gatekeepers to the internet and extort whatever price they want from successful companies.

On copyright, our long term goal is comprehensive copyright reform to legalise file sharing and setting all non-commercial use free, but this will take a while. Right now, I am working on two dossiers in the Legal Affairs Committee JURI: the “CRM directive”, which aims at getting at least some basic transparency and proper accounting into the collecting societies, and a revision of the system of copyright levies. The copyright levies ought to be abolished as soon as possible, since they have no moral justification and are really harmful to the internal digital market.

KOMPASS:

Christian, what could Pirate Parties contribute to the parliamentary agenda after the elections in 2014?

CHRISTIAN ENGSTRÖM:

We have already contributed a lot and will continue to do so, since we understand the modern technology better than the old parties and realize that the Internet is important infrastructure, and not just a toy that you can allow companies and governments to do whatever they like with.

Although I cannot promise that we will be able to create a majority in the Parliament for free file sharing in the next term, I see it as a distinct possibility. We have already gotten the Green group to formally adopt the Pirate Party’s program for free file sharing, and the Left group also tends to vote with us in practice. The big Social Democrat group has not come aboard yet, but it is thinking very hard about the subject. I am hoping that with Pirates in the Parliament to nudge the Social Democrats along, it is possible that they will officially come out in favour of free file sharing in the next parliamentary term. If that happens, we will be able to create a majority together with progressive members of the Conservative and Liberal groups.

KOMPASS: Will you seek re-election in 2014?

CHRISTIAN ENGSTRÖM:

Yes. Being a Member of the European Parliament for the Pirate Party is an incredibly interesting and rewarding job. And it becomes even more fun since we can see clearly that we are making a difference, and that our ideas are slowly getting more and more accepted by politicians of other parties.

KOMPASS: Amelia, Christian, thank you for the interview.



Medientipps



Nicht nur konsumieren, sondern selber schaffen

CC BY-SA ULRICH SCHARFENORT / ULRICS

E-Bücher und Druckbücher: fülle dein Regal mit eigenen Werken

Willst du Autor sein? Heute ist das leichter als mancher denkt.

NEUES VON DER FRANKFURTER BUCHMESSE

Neben dem Wirbel der klassischen Verlagen deutlich zu sehen: der Aufbruch in neue Märkte. Der E-Buch-Markt wächst und wächst. Das schöne ist hier, dass wirklich jeder ein Autor sein kann. Dies geht relativ einfach, wenn das Buch bereits fertig geschrieben ist: Dann muss es nur noch auf eine der Seiten eingestellt werden. Dies kann sowohl für den Autor kostenlos als auch gegen Bezahlung geschehen. Je nach persönlichem Ehrgeiz ist hier viel möglich. Das geht übers Text-Lektorat bis hin zu von Profis gestaltetem Cover. Der Selbstverwirklichung sind hier keine Grenzen gesetzt. Und natürlich trägt man die alleinige Verantwortung für den Erfolg, was auch heißt, dass man die Werbung selbst gestalten muss. Nachfolgend werden einige der Plattformen für die Veröffentlichung von Büchern vorgestellt, auf denen sich auch Geld verdienen lässt.

PLATTFORMEN

feiy.com Nach eigener Angabe listet Feiy das übergebene Buch in 160 Shops, darunter die üblichen Verdächtigen, wie Amazon, iTunes und Kobo. Neben E-Books gehen bei Feiy auch Hörbücher und Musik. Für die Account-Freischaltung zur Veröffentlichung werden einmalige Kosten von 9,90 Euro fällig. Die Veröffentlichung eines E-Buchs kostet ebenfalls einmalig 4,95. Dafür gibt es 80 Prozent des Nettoverkaufserlöses und der Autor hat ständigen Zugriff auf Geld und Statistiken in den einzelnen Shops.

bookrix.de Auf Bookrix können Bücher veröffentlicht werden. Kostenlos auf der Seite selbst oder auch gegen Bezahlung in 60

Onlineshops, auch hier sind die großen mit dabei. Sowohl die Anmeldung als auch die Veröffentlichung sind kostenlos, dafür gibt es hier nur 70 Prozent des Nettoerlöses, keine Statistiken der einzelnen Shops, sondern nur die Gesamtverkäufe und alle drei Monate eine Auszahlung. Verkaufszahlen gibt es einmal monatlich. Zwangsweise muss der Autor hier einen Autorenvor- und -nachnamen angeben. Ein Künstlernamen geht nicht. Der Aufbau der Seite führte auch zum Spitznamen Facebookkrix.

epubli.de Hinter epubli steht die Holtzbrinck-Gruppe (Handelsblatt und Die Zeit). Sowohl reale Bücher (auf Bestellung) als auch E-Bücher sind im Angebot. Die Konditionen sind intransparent. Für E-Bücher soll das Autorenhonorar bei 60 bis 80 Prozent liegen, für Gedrucktes war keine Prozentangabe zu finden. Allerdings sollte bedacht werden, dass der Druck natürlich auch Geld kostet. Die Empfehlung der Seite, dass man Bücher auf Vorrat legen sollte, kann ich nicht unterstützen, denn hier geht es wahrscheinlich nur darum, Einnahmen für epubli zu generieren. Eine ISBN und die Einstellung in alle Shops kostet 14,95 Euro je E-Buch. Für die Veröffentlichung als gedrucktes Buch wird die gleiche Summe angesetzt.

BoD.de Die Seite ist sofort unsympathisch, da man schon für den Abruf von Informationen JavaScript für Google-Apis im Webbrowser erlauben muss. Zum Druck kann man Bücher kostenfrei einstellen, allerdings wird dies nicht bekannt gemacht. Der Druck selbst ist laut den Angaben auf der Seite erst ab 16 Euro aufwärts zu haben und kann durch verschiedene Zusatzoptionen noch verteuert werden. Laut einem Flyer dagegen beginnt das Angebot bei 19 Euro pro Jahr plus einmalige Einrichtungsgebühr in Höhe von 19 Euro. Fürs E-Buch werden

nur 50 Prozent des Netto-Verkaufspreises als Autorenhonorar garantiert.

neobooks.com Bei neobooks können E-Bücher kostenlos und zum Verkauf erstellt werden. Beim Verkauf als E-Buch gibt es hier 70 Prozent für den Schreiber. Im Preis inbegriffen sind die Buchbestellnummer ISBN und die Erfassung im Shop. neobooks ist eine Plattform des Verlags Droemer Knauer, die als zusätzliche Option auch noch die Entdeckung als Autor anbietet. Nach eigener Auskunft sollen es bereits 60 Autoren auf diesem Weg geschafft haben.

Cover und Lektoren

Fürs Lektorieren gibt es auf einigen Seiten eigene Angebote oder man wendet sich zum Beispiel an den Verband der Freien Lektorinnen und Lektoren (www.vfl.de).

Der Eigendruck Natürlich gibt es nach wie vor die Möglichkeit, das eigene Buch selbst zu drucken, zu lagern, zu vermarkten und Bestellungen vom Buchhandel auszuführen. Mit etwa 2.500 Euro für eine kleine Auflage sowie einer trockenen Garage kann man Selbstverleger werden. Interessant ist das für sehr spezielle Fachthemen.

Fazit

Jeder muss sich selbst entscheiden, welche Lösung die geeignete für die eigenen Vorstellungen ist.

ERLÄUTERUNGEN

Nettoverkaufserlös: Das ist die Summe, die übrig bleibt, nachdem Online-Shops ihren Anteil (Gewinnspanne/Vertriebskosten) bekommen haben. Natürlich abzüglich der Umsatzsteuer.

AUS DEN FRAKTIONEN

SAARLAND

**Landeshaushalt:
Dialog mit den Bürgern eröffnet**

Saar-Piraten ziehen positives Fazit und wollen an der Idee festhalten.

CC BY-SA MARINA VINK

Die Piraten diskutieren den Haushalt des Saarlandes in diesem Jahr mit den Bürgern. Bei einer Veranstaltung unter dem Titel Mitmachhaushalt konnten am Sonntag Ideen gewonnen werden, die die Piraten nun in die Haushaltsberatungen mit einbringen wollen.

Es war ein erster Versuch der Landtagsfraktion im Saarland, wie es funktionieren kann, Bürger in die Haushaltsberatungen stärker einzubinden und den piratigen Mitmachgedanken umzusetzen - auch bei einem trockenen Thema wie dem Landeshaushalt. „Statt uns hinter Schreibtischen und in Konferenzen zu verschanzen, wollten wir uns diesmal bereits zu Beginn der Haushaltsberatungen öffnen und das Thema an die Bürger bringen,“ erklärt der Fraktionsvorsitzende Michael Hilberer. Leider kamen weniger Besucher als erhofft, produktive Ergebnisse haben sie bei bester Stimmung trotzdem gewinnen können. „In wichtigen Grundsatzfragen für die Zukunft des Saarlandes haben wir neue Anregungen gewonnen,“ erzählt Hilberer von den Ergebnissen und lobte im Fazit den Input von Außen damit man nicht betriebsblind werde.

Für nächstes Jahr will die Piratenfraktion das Format ausbauen, zum Beispiel mehrere viele Einzelveranstaltungen anbieten. Hilberer zeigt sich aber zuversichtlich, dass im nächsten Jahr dann mehr Bürger Interesse zeigen.

AUS DEN FRAKTIONEN

NRW

**Netzneutralität,
EU-Steuroasen und Fanrechte**

CC BY-SA NICO KERN

Echtes Netz für Europa

Zur Zeit feilt die EU-Kommission an der Harmonisierung elektronischer Kommunikation. Problematisch sind durch Wischiwaschi-Formulierung entstehende Freiräume für Provider: sie können dann etwa Zwangs-Endgeräte vorschreiben oder das Netz nach kommerziellen Erwägungen filtern. Die NRW-Piratenfraktion fordert nun von der Landesregierung, sich für offenes Internet und gegen Drosselungen einzusetzen.

Keine Billig-Steuer auf Patent-Gewinne

International tätige Großkonzerne freuen sich, denn sie profitieren von Billigsteuern (2,5%, 5%, 10%) für Erträge aus Marken-Lizenzen und Patenten. Der Gewinn aus Deutschland wird da gerne in eine EU-Steuroase verschoben. Nico Kern, europapolitischer Sprecher der NRW-Piratenfraktion: „Gegen diese Steuervernichtungswaffen sind die FDP-Geschenke an Hoteliers reinste Knallfrösche. Es profitieren die großen Pharma-, Lebensmittel- und Petrokonzerne zu Lasten des Allgemeinwohls.“ Der Landtag soll sich gegen diese „asozialen Steuern“ auf verschiedenen Ebenen aussprechen. Erster Erfolg: Der Piraten-Antrag 16/4017 wurde vom Landtag einstimmig an den Haushalts- sowie den Europa-Ausschuß verwiesen.

Fanrechte: Kritik an Prügel-Polizei muss möglich bleiben

Der Einmarsch der Polizei in den Fanblock während des Champions League Spiels von FC Schalke gegen PAOK Saloniki stieß auf heftige Kritik, auch bei Gastgeber Schalke. Darauf kündigte Innenminister Jäger die Einstellung von Polizeieinsätzen an. Piraten-MdL Frank Herrmann wendete sich gegen das Kritikverbot: „Menschenrechte enden nicht am Stadiontor“.

Braunkohle: Mehr Transparenz im Tagebau

Riesengroße Flächen werden für die Kohle aufgebaggert, ganze Dörfer umgesiedelt. Piraten forderten, konsequent alle Bergbau-Daten transparent zu machen, damit Betroffene besser nachvollziehen können, was in ihrem Untergrund passiert.

Siehe auch Artikel „Fanrechte sind Bürgerrechte“ auf S.19.



Was ist sozial?

CC BY-SA ULRIKE MÖS/WIKA

Wer oder was ist sozial? Der Obdachlose unter der Brücke, der niemanden was tut? Oder beleidigt er Augen und Ohren der Anderen, wenn er betteln geht?

Wer oder was ist asozial? Eine Gesellschaft, die die Schere zwischen den Gesellschaftsgruppen immer weiter aufgehen lässt. Sieh dir die Ärmsten und die Reichsten eines Landes an, und Du erkennst schnell, welche Staaten asozial sind.

- **Sozial = es dient der Gemeinschaft**
- **Asozial = es schadet der Gemeinschaft**

Aber was ist die Gemeinschaft? Die Gemeinschaft aller Menschen, die Gemeinschaft aller Lebewesen, die Gemeinschaft allen Seins, oder einfach nur die Gemeinschaft der herrschenden Klasse? Bei letzterem waren wir im Dritten Reich.

Es stellt sich also die Frage der Größenordnung und die Frage der definierten Werte.

Die Powerbank

VOLLE LADUNG!

CC BY-NC-ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX

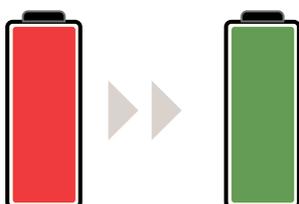
Was tun, wenn unterwegs der Akku leer ist?

Wer hat das nicht schon erlebt? Ein dringendes Telefonat muss noch geführt werden. Mails warten auf Deine Antwort. Schnell zum Smartphone gegriffen und: Leer? Ausgerechnet jetzt! Immer genau dann, wenn man es gerade nicht brauchen kann.

Wie sagt man seiner Freundin, dass der Zug Verspätung hat? Wie schreibt man dem Chef, dass der Kunde gerade den Raum verlassen hat und der Auftrag so gut wie sicher ist?

Nun, da gibt es eine Möglichkeit: Die Powerbank. Volle Ladung aus dem externen Akku-Pack. Handy und Tablet-PC, parallel zu laden und sofort zu nutzen. Gibt es von diversen Herstellern in unterschiedlichen Kapazitätsstufen. Für ein oder mehrere Geräte gleichzeitig, je nach Gerät. Einfach USB-Stecker in die Powerbank, verbinden mit dem Smartphone und Du bist wieder online. Immer dann sinnvoll, wenn absolut keine Steckdose in der Nähe ist.

Nur, vorher das Aufladen nicht vergessen.



FANRECHTE SIND BÜRGERRECHTE

Im Umgang mit Fans von Sportvereinen läuft was schief!

CC BY-SA BJÖRN GLIENKE / WWW.PIRATEN-FANRECHTE.DE/

Im August starteten bundesweit viele Piraten mit einer Infoaktion zu Fanrechten. Warum? Wir wollten a) aufklären über die aktuellen Zustände und b) unsere Konzepte diesbezüglich kommunizieren. Ich selber stand beim Heimspiel der Hertha vor dem Südtor, also dem vorrangigen Gästeeingang und habe dort Interessierten unseren Flyer zum Thema Fanrechte gegeben, der auch eine Auskunftsanforderung für die ZIS zur so genannten „Datei Gewalttäter Sport“ beinhaltet.



Nachdem die Flyer verteilt waren, bin ich zurück zum Osttor und sah überraschenderweise dort auch einen einzelnen Verteiler von Infomaterial für eine künftige Bundesregierungspartei. Also hab ich mir mal interessiert angeschaut, was dort verteilt wird. Es war ein Heftchen mit Terminen, allgemeinen Infos und vor allem vielen Bildern. Spannend fand ich beim Spiel von Hertha B.S.C. die zielgruppengenaue Werbung mit Bildern vom BVB 09 und dem FC Bayern München. Nun denn, immerhin gibt es einen bestimmten Informationswert mit den Spieltagsterminen. Und es passte irgendwie zur Veranstaltung.

Dann las ich im Videotext folgende interessante Information:

Die SPD wollte im Wahlkampf mit einer gegen Bayern-Präsident Uli Hoeneß gerichteten Postkarten-Aktion bei Fußballfans punkten. Vor allem an Fans von Borussia Dortmund und Schalke 04 sollten bis zu 100.000 Karten verteilt werden, die Kanzlerin Angela Merkel (CDU) beim Handschlag mit Bayern-Präsident Uli Hoeneß zeigen. In Anspielung auf dessen Steueraffäre wurden Merkel die Worte „Glückwunsch Uli! Wir steuern das schon“ in den Mund gelegt.

Um den fallenden Umfragen vor der Bundestagswahl entgegenzuwirken, gab es nun also kein Programm für Fans oder Vereine

von der SPD, sondern Polemik gegen Privatpersonen unter Ausnutzung von Fans anderer Vereine. Ich gehe davon aus, dass die meisten Fußballfans den Schachzug durchschaut haben, aber falls da ein paar Informationen verloren gegangen sein sollten:

Zentrale Vorverdächtigung

Vom Innenministerium NRW wird über die zugehörige Polizei die Zentraldatei „Gewalttäter Sport“ verwaltet. Dort stehen einige Gewalttäter drin, der Großteil ist aber kein Gewalttäter und eine deutliche Anzahl an Menschen ist sogar vor Gericht von jeden Vorwürfen frei gesprochen worden und wird dennoch weiter dort geführt und hat dementsprechend bei Flug- oder Bahnreisen ins Ausland oder auch bei einfachen allgemeinen Verkehrskontrollen mit einer anderen Behandlung zu rechnen.

Dem Innenministerium untersteht die Polizei NRW. Also die Polizei, die nur wenige Tage zuvor in Dortmund Mitglieder verschiedener Ultra-Gruppierungen, „normale“ Fans und Menschen, die für einen Film gesammelt haben, zeitweise festgehalten und durchsucht hatten. Dabei wurde ohne Angabe von Gründen spontan Fahnen und Trommeln verboten und Trinkpäckchen aufgeschnitten, weil sie irgend darin Pyrotechnik vermuteten.

Dialog mit Pfefferspray

Dem selben Innenministerium untersteht die Polizei, die am 21. August 2013 beim Europapokalspiel in Gelsenkirchen nach einem Hinweis eines griechischen Polizisten unter dem Vorwand der „Volksverhetzung“ in den Fanblock der Schalcker mit circa 200 Mann und Frau eindrang, um dort eine Fahne zu holen. Eine Fahne, die der ehemaligen Fahne eines europäischen UN-Mitgliedslandes ähnelt. Ein Eindringen, bei dem ohne Rücksicht Schlagstock und Pfefferspray eingesetzt wurden, teilweise auch gegen Sanitäter.

Und nun schauen wir einfach mal nach, wer der Chef im Innenministerium ist. Und dieses Vorgehen scheint dann wohl der Ende 2012 angekündigte „Dialog“ zu sein.

So gern ich endlich eine Kommunikation zwischen Fans, Fanvertretern, Vereinen und Sicherheitsbehörden gesehen

hätte, aber auf welcher Grundlage nach solchen Ereignissen? Mit welchen Parteien? Und wer wird dann demnächst Postkarten mit welchen Motiven drucken?

Auch nach der Wahl werden wir weiter unter anderem in den Landtagen von NRW, Berlin, Saarland und Schleswig-Holstein am Thema Fanrechte, Fanprojekte und Sportpolitik arbeiten. In der Projektgruppe Fanrechte werden wir das Thema auch innerparteilich weiter voran treiben, um es thematisch noch auf breitere Füße zu stellen.

Die Piratenfraktion NRW beispielsweise lud am 18. November im Landtag zum 6. Fanhearing ein. Gesprächsstoff waren verschiedene Themen, wie Konsequenzen nach den Vorkommnissen beim Revierderby auf Schalke.

Denn auch nach der Wahl gilt für uns: „Menschenrechte enden nicht am Stadiontor“

PIRATEN SETZEN SICH FÜR FANS EIN:

- für einen sachlichen Dialog zwischen Fans, Vereinen und Verbänden
- für Einzelfallentscheidungen bei Sanktionen
- für die Unschuldsvermutung
- für verantwortungsvollen, erlaubten Umgang mit Pyrotechnik
- gegen Nackt-/Vollkörperkontrollen
- gegen Kollektivstrafen
- gegen flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Räume
- gegen die Datei „Gewalttäter Sport“

Das politische Gespräch

**JOHANNES PONADER ZUM BEDINGUNGS-
LOSEN GRUNDEINKOMMEN (BGE)**

CC BY-NC ND JÜRGEN ASBECK / TIMECODEX

Johannes Ponader ist freischaffender Autor, Regisseur und Theaterpädagoge. Er beschäftigt sich seit circa sieben Jahren mit der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Unmittelbar nachdem die Piratenpartei 2010 das Recht auf sichere Existenz und Teilhabe für alle Menschen (ReSET) in ihr Grundsatzprogramm aufnahm, trat er der Partei bei und engagierte sich in Folge vorwiegend im Bereich der Sozialpolitik und des BGE. Johannes war von April 2012 an politischer Geschäftsführer der Piratenpartei.



KOMPASS: Was ist das bedingungslose Grundeinkommen?

JOHANNES PONADER: Ein bedingungsloses Grundeinkommen bedeutet, dass jeder Mensch das zum Leben Notwendige bekommt, ohne dafür irgend etwas nachweisen zu müssen.

KOMPASS: Was sind die Veränderungen / Verbesserungen gegenüber heute?

JOHANNES PONADER: Der Unterschied ist die Freiheit. Wenn ich weiß, dass ich durch ein Grundeinkommen abgesichert bin, muss ich keine Angst vor unverschuldeter Armut mehr haben. Dadurch entstehen viele Freiheiten: Ich kann es mir zum Beispiel eher leisten, Kinder großzuziehen oder einen pflegebedürftigen Angehörigen selbst zu betreuen. Als Erwerbstätiger habe ich eine bessere Position, wenn es um Gehaltsverhandlungen oder um zumutbare Arbeitsbedingungen geht – einfach weil ich im Zweifel auch „Nein“ sagen kann. Das stärkt mich gegenüber meinem Arbeitgeber ungemein. Als Freiberufler oder als Unternehmensgründerin kann ich mutiger und kreativer sein, wenn ich mich nicht ständig um meine Existenz sorgen muss. Und im Rentenalter weiß ich, dass das Grundeinkommen zusammen mit meiner Alterssicherung in jedem Fall für ein würdevolles Leben reicht. Bisher gibt es für all diese Fälle gewisse soziale Sicherungen, die aber selten ausreichen und auch nicht sinnvoll ineinander greifen. Das Grundeinkommen fasst all diese Absicherungen zusammen, und verbindet gleichzeitig alle Menschen in der Gesellschaft untereinander.

KOMPASS: Kann man das BGE mit dem Mindestlohn vergleichen?

JOHANNES PONADER: Grundeinkommen und Mindestlohn ergänzen sich – zumindest in der Einführungsphase. Der Mindestlohn sorgt

dafür, dass man von einem Vollzeitjob auch angemessen leben kann. Das Grundeinkommen geht jedoch viel weiter: Mit dem Grundeinkommen hören wir auf, die Arbeitswelt in sinnvolle, weil bezahlte, und sinnlose unbezahlte Arbeit einzuteilen. Ehrenamt, Familienarbeit und viele soziale Tätigkeiten werden aufgewertet.

KOMPASS: Hat jeder Bürger Anrecht auf das bedingungslose Grundeinkommen?

JOHANNES PONADER: Ja natürlich. Man kann sich das Grundeinkommen wie einen Steuerfreibetrag vorstellen, der ausbezahlt und später mit der Steuerschuld verrechnet wird. Oft kommt das Argument: „Ein Grundeinkommen für Arme, schön und gut. Aber wieso soll ein Millionär das Grundeinkommen auch bekommen?“ Wer viel verdient, trägt über seine Steuern überdurchschnittlich zur Finanzierung der Gemeinschaft bei. Daher ist es nur konsequent, dass auch diese Menschen ein Grundeinkommen bekommen.

Unsere Gesellschaft wird heute zweigeteilt in die, die für ihr Leben selbst sorgen und die, die auf Hilfen der Gemeinschaft angewiesen sind. Wer Sozialleistungen bezieht, wird schnell zum Mensch zweiter Klasse gemacht, selbst wenn er Vollzeit arbeitet und „nur“ aufstocken muss. Mit dem Grundeinkommen, das einfach jeder und jede bekommt, wird diese Trennung, dieses Gegeneinander aufgehoben – das Grundeinkommen verbindet und öffnet so den Blick dafür, wie wir diese Gesellschaft miteinander gestalten und verbessern wollen.

KOMPASS: Wird es ab Geburt oder Volljährigkeit ausgezahlt? Für Kinder anteilig nach Alter gestaffelt?

JOHANNES PONADER: Da das Grundeinkommen ein Menschenrecht ist, muss es auch von Geburt an ausgezahlt werden. Allerdings

kann man die Höhe je nach Alter staffeln – so, wie sich der Bedarf für ein angemessenes Leben mit dem Alter ändert.

KOMPASS: Was entfällt dafür?

JOHANNES PONADER: Das kommt auf die Höhe an. Alle Sozialleistungen bis zu der Höhe, in der das Grundeinkommen bezahlt wird, können darin aufgehen. Wenn das Grundeinkommen beispielsweise 1.000 Euro beträgt, fallen alle Sozialleistungen weg, die darunter liegen. Wer allerdings heute bereits einen höheren Anspruch hat als diese 1.000 Euro, bekommt diesen natürlich garantiert.

KOMPASS: Kann man privat aufstocken / dazuverdienen?

JOHANNES PONADER: Ja sicher. Das ist einer der wesentlichsten Unterschiede zum System heute. Das Grundeinkommen hat ja nichts mit Kommunismus zu tun – und Leistung im marktwirtschaftlichen Sinn wird weiterhin belohnt. Allerdings kann man das Einkommen mit Grundeinkommen vom ersten Euro an höher besteuern, weil der Steuerfreibetrag in Form der Grundeinkommens bereits ausbezahlt ist, und durch das Grundeinkommen auch automatisch eine Steuerprogression entsteht.

KOMPASS: Wie werden zusätzliche Bezüge besteuert?

JOHANNES PONADER: Das ist je nach Modell unterschiedlich. Wenn man vorwiegend Einkommen besteuert, könnte man zusammen mit dem Grundeinkommen eine sogenannte Flat-Tax einführen, bei der jeder Euro vom Einkommen gleich hoch besteuert wird. Andere Modelle ziehen zur Finan-

zierung hauptsächlich die Mehrwertsteuer heran, oder ganz andere Steuerarten wie Finanztransaktionssteuern oder Steuern auf Vermögen.

KOMPASS: Ist das bedingungslose Grundeinkommen auch Ersatz für die Rente?

JOHANNES PONADER: Wer Rentenansprüche erworben hat, muss diese natürlich behalten. Das Grundeinkommen wirkt im Rentenalter wie eine Mindestrente, die durch die Rentenversicherung oder eine private Altersvorsorge aufgestockt wird.

KOMPASS: Werden auch Beamte in das System einbezogen? Betrifft das auch Beamte?

JOHANNES PONADER: Natürlich. Wenn das Grundeinkommen tatsächlich alle Menschen verbinden soll, dann müssen auch alle Menschen, die hier leben und arbeiten, einbezogen werden.

KOMPASS: Bleibt noch die Frage nach einem Termin für die Umstellung.

JOHANNES PONADER: Das bleibt die große Frage. Wir Piraten fordern, das Thema in den kommenden vier Jahren intensiv zu diskutieren. Dann wollen wir eine Volksabstimmung zu seiner Einführung. Die Schweiz ist uns hier bereits einen Schritt voraus: dort wurden in den letzten Monaten so viele Unterschriften für ein bedingungsloses Grundeinkommen gesammelt, dass es in den nächsten Jahren zu einer Volksabstimmung kommen wird - und im Vorfeld natürlich zu einer intensiven gesellschaftlichen Debatte, die sicherlich auch immer wieder nach Deutschland hinein wirken wird. Darauf freue ich mich.

KOMPASS: Johannes Ponader, vielen Dank für das Gespräch.

LITERATURTIPPS:

Werner, Götz W.; Eichhorn, Wolfgang; Friedrich, Lothar (Hrsg.): **Das Grundeinkommen. Würdigung - Wertungen - Wege.** Karlsruher Verlag KIT Scientific Publishing, Karlsruhe 2012.

Jacobi, Dirk; Strengmann-Kuhn, Wolfgang; Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): **Wege zum Grundeinkommen.** Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2012.

Blaschke, Ronald; Otto, Adeline; Schepers, Norbert (Hrsg.): **Grundeinkommen. Von der Idee zu einer europäischen politischen Bewegung.** VSA-Verlag in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg 2012.

VOM BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMEN BIS ZUR GEWINNBETEILIGUNG

CC-BY SA ULRIKE MÖS / WIKA

Ein bedingungsloses Grundeinkommen garantiert das „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“. Lassen wir den Futterneid weg, und betrachten es als Chance:

Die Sinnfrage:

Welchen Preis bin ich bereit wofür zu zahlen? Was brauche ich, was will ich, was ist mein Lebensmodell? Zeit oder Geld, zwei Waagschalen, die sich auspendeln müssen.

Vollbeschäftigung heute ist eine Illusion. Wir haben nicht genug Arbeit für alle. Warum sollte dann die Existenz an Arbeit gekoppelt sein? Kinder erziehen, Eltern pflegen, ehrenamtlich tätig sein, in Kunst, Politik oder sozialen Bereichen wirken: jeder soll leben dürfen, ohne zum Almosenempfänger degradiert zu werden. Denn wer ein Auto möchte, Urlaub oder ein eigenes Haus, der wird nach wie vor arbeiten wollen. Entwicklung ist ein natürliches Bestreben des Menschen. Die Evolution ist in unseren Genen verankert.

Der Mensch hat ein natürliches Recht auf Existenz. In unserer Gesellschaft braucht man Geld zum Leben. Daraus resultiert ein natürliches Recht auf Geld (vgl. GG Art. 2 (2); Recht auf Leben). Finanzierbar wäre ein existenzsicherndes Grundeinkommen heute schon. Transferleistungen, Subventionen und Verwaltungskosten können eingespart und umverteilt werden. Bei Vielverdienern fließt das BGE als Steuereinnahme wieder zurück.

Scheinbare Faulheit ist nur eine Herausforderung.

Verwaltungsangestellte, die bisher sozial Bedürftige verwaltet und kontrolliert haben, können als Streetworker (umgeschult) in einer Übergangsphase Hilfe zur neuen „Freiheit“ und Verantwortung geben:

Was macht Arbeit attraktiv?

Was macht Hilfsangebote attraktiv?

Der volkswirtschaftlichen Schaden durch nur eine Finanzblase beträgt ein Vielfaches im Vergleich der Kosten aller Hartz IV-Empfänger, die von nur einer Blase ihr Leben lang leben könnten. Die heutigen Möglichkeiten vom Maschineneinsatz werden längst nicht ausgeschöpft. Unter Arbeit wird nur die Lohnarbeit verstanden. Mit dem Wort „Arbeitslosenzahlen“ werden alternative Denkansätze weg-erpresst. Viele Arbeiten werden heute schon verrichtet, die mit einem BGE Anerkennung erfahren. Viele werden

durch den zeitlichen Freiraum erst ermöglicht. Burn-Out durch Doppelbelastungen wird verhindert. Abhängigkeiten werden aufgelöst. Eltern könnten in Teilzeit arbeiten, ohne im Rentenalter verarmen zu müssen. Unzumutbare Arbeitsbedingungen verschwinden. Der Arbeitsmarkt regelt sich neu. Gearbeitet werden wird weiterhin. Unattraktive Arbeiten werden aufgewertet, z.B. mit Geld. Ein Müllarbeiter, der die Arbeit an der frischen Luft liebt, wird vielleicht dann für sein Auto oder seinen Großbildmonitor arbeiten wollen. Gewerkschaften sind als Vermittler gefragt, einen Mindestlohn zum Schutz des BGE zu etablieren.

Gewinnbeteiligung mit Mitarbeiterschulungen und Mitarbeiterentscheidungen werden alte Unternehmensmodelle ablösen. Verantwortung statt Fremdbestimmung. Flache Hierarchien. Die Schere zwischen Arm und Reich schließt sich wieder. Eigentum verpflichtet zum Allgemeinwohl (GG Art. 14 (2)).

Ein volkswirtschaftlicher Gewinn. Krankmachende Lebensumstände können verändert werden, ohne Existenz- und Zukunftsangst die eigene Lebenslage überdacht und dem Leben eine neue Richtung gegeben werden. Das führt zu motivierten und engagierten Arbeitskräften. Daneben entwickeln sich alternative Lebensmodelle. Frauen bekommen den Freiraum, ihr Jahrhunderte lang verkanntes Potential frei zu entfalten.

Die große Zahl der heute am Hartz IV-Niveau lebenden Selbständigen kann sich ohne Druck auf ihre Selbständigkeit konzentrieren. Die Kunst wird einen Auftrieb bekommen, Wissenschaft und Forschung, und Politik. Ebenso wie Bildung, wenn existentielle Geldzwänge wegfallen. Deutschland als Land der Dichter und Denker, der Entwickler und Forscher, wird sich neu erfinden können. Ein existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen setzt ein immenses Potential frei, dessen zukunftsweisende Folgen wir heute noch überhaupt nicht würdigen können. Es gehört Mut dazu, den gordischen Knoten unserer überholten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu durchschlagen. Hinterfragen kann nur den Weg bereiten.

Erkläre den Kindern die neue Welt und in 20 Jahren wir haben sie.

DIE PSYCHOLOGISCHEN EFFEKTE DES BGE

CC BY-XNC ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX

Felix Coeln ist einer der gewählten Fachbeauftragten der PIRATEN Bundes-AG Bedingungsloses Grundeinkommen, Vorstandsmitglied der Kölner Initiative Grundeinkommen e.V. und als BGE-Aktivist auf vielen verschiedenen Ebenen engagiert und vernetzt, von lokal bis global



KOMPASS: Was sind die psychologischen Effekte des BGE?

FELIX COELN: Wir alle als Gesellschaft erkennen an, dass wir alle gemeinsam das Überleben des Einzelnen sicher stellen wollen. Deshalb wird von einer öffentlichen Stelle monatlich ein Grundeinkommen ausgezahlt: • mit individuellem Rechtsanspruch,

- an jeden Menschen ohne Bedürftigkeitsprüfung,
- bedingungslos, also ohne Zwang zu irgendeiner Gegenleistung
- und in teilhabesichernder Höhe, sodass eine sozio-kulturelle Teilhabe davon möglich ist.

Diese vier Kriterien sind im Netzwerk Grundeinkommen zusammengefasst, um das BGE von Mogelpackungen abgrenzen zu können. In einer Welt, die immer mehr Rechte der Öffentlichkeit entzieht und an einige Wenige vergibt, in der Einkommen durch Erwerbsarbeit immer schlechter generierbar ist, müssen wir uns Gedanken machen, wie Inklusion organisierbar ist. In meinen Augen ist das BGE die Idee mit der

stärksten visionären Kraft für das 21. Jahrhundert und findet sich in vielen Beispielen als das natürlichste Prinzip wieder.

KOMPASS: Inwiefern ändert sich das Verhalten der Menschen, wenn sie ein garantiertes Grundeinkommen erhalten, das ihnen als staatliche Leistung in jedem Falle zusteht, für das sie keine Ämterodyssee unternehmen müssen?

FELIX COELN: Die Menschen werden erheblich weniger Stress-Symptome entwickeln. Stress, der nicht nur in Krankheiten mündet, sondern in gesellschaftlichen Verwerfungen, wie wir sie allenthalben zu sehen bekommen. Daraus wird sich in der Folge vermutlich ein Schub an Kreativität entwickeln, aber auch ein Schub der Wirtschaftskraft, da nun die Menschen mehr Geld in der Hand haben, das sie frei einsetzen können. Also insgesamt ein Mehr an Freiheit und das ist ja bereits im Motto Deutschlands enthalten: Einigkeit und Recht und Freiheit. Das mit der Einigkeit ist Grundlage für ein BGE und wird in der Folge hoffentlich auch eine Renaissance erleben.

KOMPASS: Hältst Du es für wahrscheinlicher, dass diese Bürger sich jetzt unbelastet anderen Aufgaben, wie zum Beispiel karitativer Arbeit zuwenden, oder werden sie sich eher in ihre vier Wände zurückziehen?

FELIX COELN: Es gilt mit der Mär aufzuräumen, BGE-Empfänger würde sich in die Hängematte zurückziehen. Zwei Drittel der Arbeit in unserer Gesellschaft wird ohnehin unentgeltlich geleistet, wer käme auf die Idee, dass Mütter sich schlechter um ihre Kinder kümmern, wenn sie wirtschaftlich abgesichert wären? Das Gegenteil ist doch der Fall, dass Menschen schlechter Aufgaben bewältigen können, wenn ihr Fundament in Frage gestellt ist. Es gibt in unserer Gesellschaft ein paar wenige Berufsgruppen und eine Menschengruppe, die aufgrund eines traurigen Anlasses, ein BGE erhalten

- warum soll das nicht für alle Menschen gelten? Und vermutlich wird auch der Sektor karitativer Arbeit zunehmen können, da besonders dieser Sektor davon abhängig ist, dass Menschen versorgt sind, damit sie ihrerseits für andere Menschen Dienstleistungen überhaupt übernehmen können.

KOMPASS: Werden wir eher mit Veränderungen wie einem selbstbewussteren Auftreten zu rechnen haben, kann sich daraus auch ein neuer, ungewollter „Egoismus“ entwickeln?

FELIX COELN: Vermutlich wird sich das größere Selbstbewusstsein besonders gegenüber Industrie und Wirtschaft bemerkbar machen: künftige Arbeitgeber (wir Menschen geben die Arbeit, die Unternehmen nehmen die Arbeit) können sich dann besser um gute Arbeitsbedingungen kümmern. Dieses Selbstbewusstsein wird auch notwendig sein, da die technologische Entwicklung alleine schon bei den 3D-Druckern so rasant weiter schreitet, dass nach meiner Vorhersage in circa 30 Jahren nicht mehr viel von dem übrig bleiben wird, was wir heute noch als Industrie- und Wirtschaftskomplex kennen.

Aber es ist tatsächlich so - wenn es überhaupt eine Gefahr beim BGE gibt, dann die, dass der Egoismus im neoliberalen Sinne zunimmt. Wenn nämlich die Verantwortlichen sich aus dieser heraus stellen mit dem Hinweis, dass die Menschen ja schließlich Geld erhalten - was sie denn noch mehr wollten. Dieser Gefahr lässt sich aber leicht begegnen, indem das BGE nicht von oben herab verordnet wird, sondern wie die Piraten fordern, ein BGE nur per Volksentscheid - oder besser noch, per Volksabstimmung, von uns Bürgern eingeführt wird.

Felix Coeln, vielen Dank für das Gespräch.



Kurzgeschichte



CC BY-NC-ND ULRICH SCHARFENORT/ULRICS

Die Kristalltürme von Starrsistan

Es ist noch gar nicht so lange her, da war der nicht sonderlich weise Herrscher von Starrsistan, welcher sich mit einer manipulierten Königswahl auf den Thron hob, der Ansicht, er müsse dem Volk mehr seiner Aufmerksamkeit widmen. Aufmerksamkeit hieß für König Gwilhelm Baum, dass er jedem über die Schulter sehen wollte. Denn wer wusste schon, ob ihm nicht jemand etwas Böses wollte?

Ein Psychologe hätte hier Paranoia unterstellt. Aber die eher der Magie zugetanen Wunderdoktoren litten selbst an ihr und fanden so etwas vollkommen normal. Schließlich wussten auch sie nie, wer ihnen übel wollte, und schauten sehr häufig über die Schulter.

Nicht wenige kamen durch Folter zu Aussagen, die höchstens in einem Zerrspiegel an die hiesige Realität erinnerte.

Alexander Nosa, der wichtigste Wesir von König Baum, empfahl eine neue Entwicklung aus den Höhlen der Erddruiden. Mit Ritualen und Tränken entstanden aus harmlosen Zutaten wie Sand, Öl und Erzbröckchen magische fliegende Kugeln, die alles und jeden ausspionieren konnten.

Nosa nannte sie Druidronen, zu Ehren ihrer überaus begabten Erschaffer. König Baum interessierte es nicht, wie sie genau funktionierten, solange sie beobachteten - und auch strafften. Das Strafen geschah ohne äußeren Einfluss bei Abweichung vom als Norm erachteten Verhalten. So war es in den Augen des Königs ein Unding, seine Nasenhaare nicht wachsen zu

lassen und Gewalt ging gar nicht. Alles, was mit Gewalt zu tun hatte, wurde verboten. Wer nicht an den regelmäßigen Orgien zu Ehren der Übermutter teilnahm wurde schnell geächtet. Baum, König von Starrsistan, hatte allerdings das Problem, dass sein Volk nicht dumm genug war, damit er ihnen die

Der König ersann also Berichte über kleine haarige Kerle mit langen Bärten, welche seinem Königreich Böses wollten, und lies dann Mimen mit fliegenden Teppichen die Türme attackieren. Gelenkt von anderen und ohne freien Willen flogen die Mimen die Teppiche in die Türme. Das Klirren des zersprin-

König Gwilhelm Baum; ein überaus inkompetenter Regent
Alexander Nosa; Wesir für Schnüffelei und Überwachung
Druidronen; fliegende Kugeln von Druiden aus Tränken gebraut

eigene Beobachtung als Verbesserung verkaufen konnte. Er griff also zu einer List.

In einem Winkel seines Königreichs standen zwei strahlende Türme aus Kristall. Man sagte, sie wären unzerstörbar, aber selbstredend gab es eine Schwachstelle. Fliegende Teppiche, gewebt aus den Achselhaaren von 99 keuschen Kerlen, waren diese Schwachstelle.

Fliegende Teppiche waren gar nicht so leicht zu bekommen in einer Zeit, wo Orgien zum Alltag gehörten - wer konnte da schon keusche Kerle finden?

genden Kristalls war sehr weit zu hören. Weiter noch als der Schall es trug. Nicht wenig Starrsistaner bekamen gehörige Angst und forderten mehr Sicherheit.

König Baum kam diesen Forderungen natürlich gerne nach. Offiziell gab er sich zögerlich. Nun konnte er nun seine Bevölkerung endlich ungestraft ausspähen. Sie verlangten sogar danach, weil keiner mehr dem anderen traute.

So dauerte es nicht lang und der Himmel war voll von Druidronen. Überall sah man die

glitzernden Kugeln rumflitzen. So manch einer wurde selbst beim harmlosen Bad in einem See beobachtet. Wobei Nacktbaden natürlich eine Pflicht war. Die Stimmen, welche sofort verstanden, worum es dem König in Wirklichkeit ging, wurden nicht gehört oder sogar zum Schweigen gebracht. Das Misstrauen saß tief. Jeder, der nur das kleinste Anzeichen eines Bartes zeigte, war sofort verdächtig. Selbst, wenn es nicht einmal ein Zwerg war.

Gegner verschwanden auf geheimnisvolle Weise oder standen mit absurden Anklagen vor Gericht. Selbst das Ich-Mag wurde nur noch mit erwünschten Informationen beschickt. Nichts schien König Baum aufhalten zu können. Schon bald sandte er eine riesige Horde Kampf-Druidronen aus, um Nachbarländer anzugreifen. Alles natürlich nur, um nach fliegenden Teppichen und weiteren Feinden zu suchen. Jedenfalls war dies offizielle Aussage von König Baum und seinen Wesiren.

Teil I erschien im KOMPASS 2013.3., diese alte Ausgabe gibts im Archiv auf kompass-archiv/

Das Letzte



Deutschland 2013

Die reichsten 10 Prozent aller volljährigen Personen verfügen über ca 70 Prozent des gesamten Vermögens. 27,0 Prozent der Erwachsenen verfügen über nichts oder sind verschuldet.